ALHAMBRA

ZEITUNG & PROGRAMM

JANUAR/FEBRUAR 2015

alhambra
– grundsätzliches –

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „Nutzer_innen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel Vertreter_innen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das Nutzer_innen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
– unterstützer_innen –

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der Unterstützer_innen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
3. Februar 2015

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 3

erinnerungspolitik
Krankenmorde und Kulturförderung 6

klassenkampf
Das Recht zum Pinkeln 11

antifaschismus
Wie der Superheld in die Antifa kam 13

internationalismus
Die Geschichte des Ö. 17
Internationale Solidarität 2.0 20
Schluss mit der selektiven Solidarität 23

Editorial

Täter des deutschen Faschismus beim Namen zu nennen ist auch heute noch wichtig. Im Artikel „Krankenmord und Kulturförderung. Die oldenburgische Fürsorge im ‚Dritten Reich'" erinnern wir an die Taten von Carl Ballin, der als Leiter der Abteilung Fürsorge des Oldenburgischen Innenministeriums den Mord durch Verhungernlassen an den Psychiatrie-Patient_innen und Heimbewohner_innen in Oldenburg organisierte. Der Artikel geht aus den Forschungen des Oldenburger Medizinhistorikers Ingo Harms hervor, der diesen Text extra für die Alhambra-Zeitung geschrieben hat. Vielen Dank dafür!

Die Opfer des Faschismus unter den als ‚behindert' oder ‚geisteskrank' kategorisierten Menschen erfahren weniger Anerkennung als andere Opfergruppen. Das mag unter anderem daran liegen, dass auch heute noch ein Leben mit ‚Behinderung' als weniger lebenswert gilt. Dass dieser Gedanke eine Geschichte hat, die weit über den deutschen Faschismus hinaus reicht, zeigt Ingo Harms in seinem Artikel.

Neben dem Gedenken an die Opfer finden wir es wichtig, auch 70 Jahre nach dem Ende des deutschen Faschismus die Täter beim Namen zu nennen und ihre Verbrechen öffentlich zu machen. Denn auch wenn heute nur noch die wenigsten Täter leben, geht damit eine Anerkennung der Taten als Verbrechen einher, die den Opfern eine späte Würdigung zuteil werden lässt. Zudem wird deutlich, dass es eben nicht einige ‚dämonische' und ‚perverse' Männer aus der NS-Elite waren, die Millionen von Menschen ermorden ließen, sondern z.B. ein Carl Ballin aus Oldenburg. Indem wir speziell über Opfer und Täter aus Oldenburg sprechen, wollen wir einen Beitrag zur Erinnerungspolitik auf lokaler Ebene leisten und eine Diskussion über die Gegenwart und Zukunft der Erinnerung an den deutschen Faschismus in Gang bringen. Ihr seid herzlich eingeladen, euch daran zu beteiligen!

Von den meisten Streiks hören viele erst im Nachhinein. Direkte Betroffenheit von Streikauswirkungen? Äußerst selten. Im Oktober und November war das nun ausnahmsweise mal anders. Menschen standen an leergefegten Bahnhöfen und ärgerten sich. Medien sprangen auf diesen Zug auf und andere Menschen ärgerten sich mit. Streik-Solidarität war, wenn auch vorhanden, äußerst spärlich. Die von Konservativen geführte Gewerkschaft GDL machte sich zum Schädling an den „vitalen Funktionen des gesamten Landes" und machte vor was ein Arbeitskampf bedeuten kann. Ebenso zeigte sich das Solidarität oft dort aufhört, wo die eigenen oder nationalen Interessen bedroht sind. Offenbar hat das nationale „Wir" das soziale verdrängt, so dass individuelle Interessen den der nationalen „Gemeinschaft" ohne Murren untergeordnet werden.

Anfang Dezember streikte dann die „Vereinigung Cockpit" – wieder waren Menschen direkt betroffen und wieder gab es Empörung. GDL und „Vereinigung Cockpit" ist gemein, dass ihnen vorgeworfen wird Einzelinteressen von bestimmten Beschäftigungsgruppen zu vertreten. Warum derartige Gewerkschaften zukünftig bedroht sein könnten und welche Rolle der DGB dabei spielt, könnt ihr auf den Seiten 11 und 12 in einem Artikel zum Tarifeinheitsgesetz lesen. Inzwischen hat die ver.di auch bei DHL Betriebsversammlungen einberufen und bei Amazon streiken wieder Mitarbeiter_innen, um gegen weit verbreiteten Befristungen von Verträgen bzw. für Tarifverträge zu kämpfen. Statt sich zu fragen, was das für die Ankunft der eigenen Pakete bedeuten könnte, sollte mensch sich bewusst sein, dass Arbeitnehmer_innenrechte schon immer erkämpft bzw. verteidigt werden mussten und es nichts geschenkt gibt. Daher sollte Solidarität selbstverständlich sein!

Nachdem der Kongress „Antifa in der Krise?!" im Frühjahr 2014 lauter fragte als rief scheint sich dies zumindest in Berlin umgekehrt zu haben. Gleich zwei Gruppen, die oft der „klassischen Antifa-Bewegung" zugerechnet wurden haben sich aufgelöst.

Die Antifaschistische Linke Berlin (ALB) konstatierte im September zum einen, dass sich „die klassische Antifa-Bewegung in einer Krise" befindet, zum anderen nennt sie als einen der Hauptgründe ihrer Auflösung, dass „die Ideen, Strategien und Ziele zu unterschiedlich [sind], die wir hinsichtlich einer linksradikalen Praxis, Organisierung und Perspektive haben". Einige aus dem ALB-Zusammenhang wollen sich nun der interventionistischen Linken (iL) anschließen, andere neue Gruppen aufbauen – desillusioniert scheinen die meisten glücklicherweise nicht zu sein.

Keine vier Wochen später ging die Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin (ARAB) in der Neue antikapitalistische Organisation (NaO) auf.

Insgesamt klingen die Analysen der beiden Gruppen – trotz höchst unterschiedlicher Lösungsansätze – ziemlich ähnlich und decken sich weitgehend mit denen, die Maike Zimmermann in ihrem Artikel „Wie der Superheld in die Antifa kam“ (Seiten 13 – 16) entwickelt.

Aber sollte mensch aus den Analysen schließen, dass Antifa nicht mehr wichtig wäre? Wir meinen, nein. Linksradikale antifaschistische Politik ist wichtig wie eh und je. Denn natürlich ist es wichtig Strukturen und Organisierung von Nazis zu kennen, natürlich ist es wichtig Nazis daran zu hindern, das zu tun, was sie eben tun, wenn mensch sie nicht hindert und natürlich ist es weiterhin wichtig zu zeigen, dass Rassismus, Nationalismus und Ausgrenzung keine Phänomene am „Rande der Gesellschaft“ sind sondern in weiten Teilen der Bevölkerung anschlussfähig sind.

Antifa ist aber eben auch nur *ein* Bereich, in dem linksradikale Intervention bitter nötig ist – genauso wie etwa bei der Entwicklung einer neuen internationalistischen Solidarität mit den Menschen weltweit, die für Würde, Freiheit und ein gutes Leben kämpfen oder bei der Unterstützung von selbstorganisierten Kämpfen von Geflüchteten.

Spätestens seit September blickte die Welt auf Rojava – zumindest für eine Weile. Das öffentliche Interesse am bewaffneten Konflikt im Osten der Ukraine hatte langsam abgenommen und war allmählich der Berichterstattung aus dem Norden und Osten Syriens gewichen. Dabei stand nicht wie zu Anfang ausschließlich die humanitäre Katastrophe, ausgelöst durch die menschenverachtenden Gräueltaten der sich als Islamischen Staat bezeichnenden salafistischen Terrororganisation IS, im Vordergrund. Spätestens seit dem Eingreifen der kurdischen Selbstverteidigungseinheiten YPG, YPJ und der PKK im irakischen Shingal – wo sie tausende Yezid_innen durch die Einrichtung eines Fluchtkorridors vor Verschleppung oder Mord retten konnten – stand nun auch der militärische Widerstand gegen den zuvor als unbesiegbar geltenden sogenannten IS im Fokus deutscher Medien. Dem entschlossenen Widerstand der YPJ und YPG gegen die Belagerung Kobanes folgte eine Welle an Solidaritätsbekundungen, der sich auch etablierte Parteien und Personen aus dem bürgerlich/öffentlichen Leben nicht entziehen konnten. Im Zuge der Debatte sahen sich diese gar dazu genötigt das seit 1993 in Deutschland bestehende PKK-Verbot zumindest kritisch zu hinterfragen. Die mediale Aufbruchstimmung erfasste auch die *weiße* radikale Linke und die Forderung nach der Aufhebung des PKK-Verbots wurde spektren-übergreifend artikuliert. Mittlerweile laufen Spendenkampagnen für die Beschaffung von Waffen für die YPJ und YPG und *weiße* radikale Linke sind wieder sichtbar auf kurdischen Demos anzutreffen – kurzum: Internationale Solidarität ist wieder ein wahrnehmbarer Aspekt *weißer* linksradikaler Politik.

Gleichzeitig stellt sich aber auch die Frage, wer bekommt hier eigentlich unsere Solidarität? Wie kann es sein, dass in Syrien seit 2011 ein Bürgerkrieg, der als soziale Revolution begann, herrscht und dieser lediglich als Randnotiz innerhalb der *weißen* radikalen Linken wahrzunehmen ist? Warum haben wir *keinen einzigen* Artikel zu Syrien gedruckt in all den Jahren? Weil uns die Aufstände zu „kompliziert“ waren, weil wir nie wussten wer „die Guten“ sind? Und warum haben wir – kaum dass es Texte zu Rojava gab – einen Text zur Situation in Nord-Syrien und zum Kampf gegen den sogenannten IS abgedruckt?

Brauchen wir tatsächlich erst mit Kalaschnikows bewaffnete Frauen, damit wir uns sicher sind, auf der richtigen Seite zu stehen?

Wir haben zwei Texte gefunden, die sich mit der Frage der aktuellen Solidaritätbekundungen auseinandersetzen und zumindest uns in der Auseinandersetzung mit dem Thema weiter gebracht haben.

Wichtig ist uns jedoch auch, dass nicht der Eindruck entsteht, wir wären nicht solidarisch mit der kurdischen Selbstverwaltung und Selbstverteidigung in Rojava. Wir sehen nicht nur die Notwendigkeit der Verteidigung der demokratisch-konföderalistischen Strukturen zum Schutz der Menschen in der Region, wir sehen darin auch eine langfristige politische Perspektive, nicht nur für den Nahen Osten. Die Aufhebung des PKK-Verbots wäre zumindest ein Schritt in die richtige Richtung. Und dies in aller Öffentlichkeit zu fordern – für uns ein wichtiges Zeichen der Solidarität.

Aber auch allen anderen Menschen in Syrien (und weltweit), die für Würde, Freiheit und ein gutes Leben für alle kämpfen, gilt unsere Solidarität!

Eure Alhambra-Redaktion

Demo gegen Einheitsfeierlichkeiten
Hannover Am 3. Oktober fanden die alljährlichen „Feierlichkeiten“ zum Tag der deutschen Einheit in Hannover statt. Begleitet wurde das nationalistische Spektakel von großangelegten Gegenprotesten. Unter dem Motto: „Was ihr feiert ist Armut, Ausgrenzung und Leistungszwang“ hatte das kommunistische Bündnis ...umsganze! nach Hannover geladen, um den Deutschen die Party zu vermiesen und gleichzeitig die akuten Folgen der Finanzkrise zu thematisieren. Insgesamt folgten etwa 5000 Genoss_innen dem Aufruf zur Demonstration, was deutlich über den Erwartungen der Veranstalter_innen lag. Der Grund dafür dürfte vor allem die große Beteiligung kurdischer Aktivist_innen gewesen sein, welche die Demonstration nutzten um gemeinsam mit anderen Protestierenden auf die Lage in der - von der so genannten Terrorgruppe Islamischen Staat (IS) bedrohten - Stadt Kobane aufmerksam zu machen. Insgesamt wurden bei Störaktionen auf dem Deutschlandfest 174 Genoss_innen in Gewahrsam genommen.

Der unfreiwilligste Spendenlauf Deutschlands
Wunsiedel Unter dem Motto „Rechts gegen Rechts“ fand am 15. November der unfreiwilligste Spendenlauf Deutschlands statt. Der Ort des Geschehens: Wunsiedel in Oberfranken. Trotz zahlreicher Proteste der Bürger und Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht nutzen Neonazis aus ganz Europa die oberfränkische Stadt immer wieder als „Wallfahrtsort“. Der Grund: Von 1988 bis 2011 lag hier das Grab von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß. Die Gedenkmärsche wurden dabei zu einer festen Institution der rechten Szene.

Dieses Jahr ging Wunsiedel einen anderen Weg und machte aus dem Trauermarsch der Neonazis den unfreiwilligsten Spendenlauf Deutschlands. Ohne Wissen der Beteiligten wurden an der Demonstrationsstrecke Plakate, Banner und Bodenmarkierungen angebracht, die die Route durch motivierende Sprüche und typische Wettlaufelemente, wie Start- und Ziel-Linien, optisch in eine Sportveranstaltung verwandelten.

Plakate mit motivierenden Zeilen wie „Spenden, marsch!“ oder „Endspurt statt Endsieg“ animierten die knapp 200 Demonstranten zum Laufen — denn Laufen war die eigentliche Idee: Für jeden gelaufenen Meter gingen 10 € an EXIT-Deutschland — das Aussteigerprogramm für Neonazis. Das Ergebnis: 10.000 € und jede Menge überraschte Rechte.

Geflüchtete Mauerkreuze
Berlin/Europa/Marokko Kurz vor den Einheintsfeierlichkeiten nahm sich das Künstler_innenkollektiv „Zentrum für politische Schönheit“ das 25. jährige Jubiläum zum Anlass, um mit einer aufsehenerregenden Kunstaktion auf die tausenden Mauertoten an den europäischen Außengrenzen zu erinnern und gleichzeitig den Zynismus des „eigenen“ Gedenkens zu untermalen.

Dazu auf lowerclassmagazin.com: „Am Wochenende verschwanden 14 weiße Mauerkreuze aus dem Regierungsviertel – entwendet von der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“. Diese erinnerten im Regierungsviertel an Menschen, die beim Fluchtversuch aus der DDR ums Leben kamen. Nach Angaben eines Aktvisten des „Zentrum für politische Schönheit“ sind die Kreuze von ihrem einsamen Posten „geflüchtet“ und haben sich auf den Weg zu ihren Schicksalsgenossen gemacht – an die Außengrenze der Europäischen Union. Aufgebaut, gerechtfertigt und beschönigt von eben jenen Politikern, die um die deutsch-deutschen Mauertoten trauern, kommen an ihr jährlich zehntausende ums Leben. Bis vor wenigen Tagen hatte die EU mit „Mare Nostrum“ (Mittelmeer) noch ein Rettungsprogramm für Schiffbrüchige Flüchtlinge. Dieses wurde jedoch eingestellt und die Aufgabe dem privaten Grenzschutzunternehmen „Frontex“ übergeben – die wussten davon jedoch angeblich nichts.

All das haben sich die AktivistInnen zum Anlass genommen, den „ersten Europäischen Mauerfall“ in Angriff zu nehmen und am Freitag aus Berlin mit Bussen zu einem geheimen Ort in Bul-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

garien zu fahren und Teile der dort vor kurzem errichteten 'Eindämmungsanlage' abzureißen."

Die Aktion erster Europäischer Mauerfall konnte, wie hätte es auch anders erwartet werden können, aufgrund massiver polizeilicher Repression nicht stattfinden. Die zwei Busse voller mit Bolzenschneidern bewaffneten Aktivist_innen waren regelmäßigen Polizeikontrollen ausgesetzt, spätestens seit Bulgarien, jedoch von einem permanenten Polizeiaufgebot begleitet, was jede weitere Aktion unmöglich machte. Was die Aktion jedoch erreicht hat, ist eine große Debatte um die Legitimation einer solchen Aktion. Zynischerweise zeigte die Debatte jedoch vor allem, dass dem normalen Deutschen ein paar dumme geklaute Holzkreuze deutlich wichtiger sind, als ein Massengrab an der europäischen Außengrenze. Wegen der geklauter Kreuze hat die Berliner Polizei übrigens Anzeige wegen „besonders schweren Diebstahl" gestellt.

Weitere Infos und Dokumentationen der Aktion und Reaktionen aus der Bevölkerung unter politicalbeauty.de.

Holocaust leugnen, wiedermal...
Oldenburg Die Oldenburger Schauspielerin Imke Barnstedt steht erneut in der Kritik, da sie an einer Tagung in der »Gedächtnisstätte« Guthmannshausen zusammen mit bekannten Holocaust-Leugner_innen teilgenommen hat. In den vergangenen Jahrzehnten tauchte die 72 Jahre alte Betreiberin der Kleinkunstbühne »Berliner Zimmer« immer wieder in rechten und faschistischen Zusammenhängen auf. Eigentlich hatte sich Imke Barnstedt immer wieder von nationalsozialistischen Ideologien offiziell distanziert, vor allem nachdem die Stadt Oldenburg bereits 2009 öffentliche dazu aufgefordert wurde, die aktive Werbung für die von Barnsted betriebene Kleinkunstbühne von ihrer Homepage zu nehmen. Passiert ist damals nichts, weil sich Barnsted distanziert hatte und dem damaligen Oberbürgermeister Gerd Schwandner zufolge keine klaren Beweise für ihre Ansichten nachzuweisen seien. Schon damals waren die Beweise mehr als deutlich, welche Konsequenzen es diesmal haben wird, bleibt dennoch abzuwarten.

Demo gegen Asylpolitik und PKK-Verbot
Köln Etwa 3000 Menschen demonstrierten am Samstag den 6. Dezember in Köln gegen die deutsche und europäische Asylpolitik und für die Aufhebung des PKK-Verbots. Anlässlich der Innenministerkonferenz 2014 hatte ein breites Bündnis antirassistischer, kurdischer und weiterer linker Gruppen dazu aufgerufen. Ein zuvor auf Drängen des örtlichen Einzelhandelsverband von der Polizei verhängtes Verbot der Demonstration konnte vor dem Verwaltungsgericht gekippt werden.

Abseits der Demo versammelten sich etwa 50 Hogesa-Nazis, deren Versammlung jedoch von der Polizei untersagt wurde.

Sanktionsrekord statt Joboffensive
Bremen Das Jobcenter Bremen hat von Juni 2013 bis Juli 2014 deutlich mehr Sanktionen gegen Hartz-IV-Bezieher_innen verhängt als ein Jahr zuvor. Laut einer Auswertung des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) stiegen die Sanktionen im Land Bremen um 18,1 Prozent, in der Stadt sogar um 22 Prozent. Die Höhe der Kürzungen liegt bei 1,3 Millionen Euro. Vor allem junge Erwachsene unter 25 Jahren werden überdurchschnittlich häufig und hoch sanktioniert. Die groß angekündigte Joboffensive scheint also in weiten Teilen lediglich für eine Erhöhung der Sanktionsdichte zu sorgen.

Verdeckte Ermittlerin in Hamburg enttarnt
Hamburg Die LKA-Beamtin Iris Plate war in den Jahren 2000 und 2006 unter der Tarnidentität „Iris Schneider" als verdeckte Ermittlerin in der Hamburger linken Szene eingesetzt. Gegenwärtig lebt Iris Plate, die am 4. Dezember

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

1973 geboren wurde, im Steinhagenweg 33 in 22143 Hamburg. Nach letzten Informationen nahm sie Aufgaben in der Abteilung „Prävention islamischer Extremismus, Projekt Prävention Smart Approach“ in der Staatsschutzabteilung des LKA Hamburg wahr. Iris Plate war mit einer erfundenen Biografie sechs Jahre lang in der linken Szene in Hamburg polizeilich aktiv. Vor allem war sie in der Roten Flora tätig, nahm dort u.a. auch regelmäßig am wöchentlichen Plenum des Projekts teil. Später engagierte sich die verdeckte Ermittlerin in weiteren Strukturen wie z.B. dem freien Radioprojekt „FreiesSenderKombinat“ (FSK).

Der langjährige Einsatz der LKA-Beamtin Plate reiht sich ein in eine seit fast 25 Jahren andauernde Ausforschungs- und Bespitzelungspraxis der Hamburger Staatsschutzbehörde rund um die Rote Flora. Obwohl der Einsatz von verdeckten Ermittler_innen eigentlich an enge gesetzliche Vorgaben formal gebunden ist und eine zeitlich begrenzte Maßnahme der unmittelbaren Gefahrenabwehr darstellen soll, agieren in Hamburg verdeckte Ermittler_innen im rechtsfreien Raum.

Mit der Behauptung, es würden keine personenbezogenen Daten erhoben, wird diese rechtswidrige Praxis legitimiert. Im Falle der sechs Jahre lang eingesetzten LKA-Beamtin Plate ist dieser Umstand von besonderem Zynismus, da die LKA-Beamtin unter ihrer Tarnidentität die Grenzen ihres polizeilichen Handelns massiv überschritten hat und mehrere enge Freundschaften und längere Liebesbeziehungen geführt hat, ohne natürlich dabei ihre polizeiliche Identität preiszugeben.

Eine ausführliche Stellungnahme findet sich unter verdeckteermittler.blogsport.eu.

Bild: Iris Plate

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Krankenmord und Kulturförderung

Die oldenburgische Fürsorge im „Dritten Reich“

„Unwertes Leben“

„Es muss nach außen hin unter allen Umständen der Eindruck vermieden werden, daß der Staat trotz der heutigen Auffassungen seine Leistungen für das unwerte Leben erhöht.“[1] Mit diesem 1938 erteilten Geheimhaltungsbefehl erscheint der Leiter der oldenburgischen Fürsorgestelle, Oberregierungsrat Dr. jur. Carl Ballin, als Verteidiger der Behinderten und psychisch Kranken, die vom Staat zum „unwerten Leben“ erklärt wurden. Der Satz lässt die Deutung zu, dass sich Ballin gegen die herrschende Staatsmeinung heimlich für eine bessere Versorgung dieser Menschen eingesetzt hat.

Um keine vorschnellen Urteile zu fällen, muss das Zitat – wie grundsätzlich jedes Zitat – in seinen historischen Zusammenhang gestellt werden. Erst der Hintergrund macht sichtbar, welche Haltung Carl Ballin den ihm anvertrauten Behinderten und psychisch kranken Menschen gegenüber einnahm. Wollte er äußerlich Anpassung vortäuschen, um in Wahrheit zu opponieren und Patient_innen vor dem rassenhygienischen Zugriff der Machthaber zu schützen? Kraft seiner Position im Innenministerium zählte er selbst zu den Machthabern und hinsichtlich der Gesundheitspolitik und Pflege bestimmte er über das Wohl und Wehe Hunderter von Patient_innen und Bewohnern_innen der staatlich-oldenburgischen Heime und Anstalten. Welche Einstellung zu diesen Menschen ihn kennzeichnete und wie er mit ihnen umging, soll in diesem kurzen Traktat, das auf einer demnächst erscheinenden Forschungsarbeit über die Rolle des Landesfürsorgeverbandes Oldenburg[2] (LFV) im Nazi-Regime beruht, skizziert und in seinen Ergebnissen dargestellt werden.

„Frontkämpfer“ und Sozialdarwinist

Der 1896 in Oldenburg geborene und evangelisch getaufte Carl Ballin entstammt der weitverzweigten jüdischen, in Oldenburg und Hamburg seit dem 19. Jahrhundert ansässigen, Dynastie der Ballins, aus der unter anderem eine bekannte Schiffsreederei hervorging. Carl Ballin besuchte das Gymnasium in Oldenburg und legte 1914 das Abitur ab, war bis 1918 „Frontkämpfer“ mit Auszeichnung (Eisernes Kreuz I. und II. Klasse, das Frontkämpferkreuz sowie Friedr.-Aug.-Kreuz I. und II. Klasse), studierte Jura in Marburg, Berlin und Göttingen und bestand 1921 das Referendar-Examen. In der Weimarer Republik wurde er Mitglied im „Frontkämpferbund Stahlhelm“, dem er bis zu seiner Auflösung 1934 treu blieb. Der „Stahlhelm“ vereinigte Weltkriegsteilnehmer, die die Niederlage von 1918 nicht ertrugen und die „Schmach von Versailles“ an den „Novemberverbrechern“ rächen wollten. Ohne ein abschließendes Urteil zu fällen, muss damit festgestellt werden, dass Ballin jener rechtsradikalen und antirepublikanischen Ideologie folgte, die für Juristen in der Weimarer Republik typisch war. Gerade Akademiker waren anfällig für die völkischen, antidemokratischen Parolen des rechtsradikalen Spektrums und füllten die Reihen der Freikorps und der konservativ-rechtsnationalen Parteien.

Angeblich wählte Carl Ballin bis 1932 die DVP, die natürlich keine rechtsradikale, sondern liberale Partei war. Aber

im Gegensatz zum Spektrum des bundesdeutschen Liberalismus, der sich auf ein demokratisches Prinzip beruft, war die aus der Nationalliberalen Tradition des Kaiserreichs stammende DVP einem Liberalismus verhaftet, der mehr auf den Erfolg des Individuums als auf den demokratischen Gleichheitsanspruch einer Solidargemeinschaft abzielte, und trug insofern sozialdarwinistische Züge.

Der vulgäre Sozialdarwinismus beruft sich auf die Erkenntnisse der modernen Biologie im späten 19. Jahrhundert. Ihm diente das darwinsche Modell der evolutionären Konkurrenz, das romantisierend zum „Kampf ums Dasein" verklärt wurde, als Gesellschaftsutopie. Seine Apologet_innen verweigerten sich in trivial-naiver Weise – oder aber zynischer Überzeugung – der erkenntnistheoretischen Einsicht, dass sich Darwins Modell jedem Übertragungsversuch auf die Gesellschaft entzieht.

Sozialdarwinismus und Krankenmord

Vor diesem Hintergrund entfalteten sich im Nazi-Regime die Überzeugungen Carl Ballins. In einer Leistungsgesellschaft, so das sozialdarwinistische Leitmotiv, begründet nur die Mitarbeit am gemeinsamen Wohlstand ein Existenzrecht. Dieses Weltbild hatte schon im Ersten Weltkrieg ein Massensterben unter den Psychiatriepatient_innen und Heimbewohner_innen begünstigt. Als Beweggrund für jene Hunger-„Euthanasie", der mindestens 70 000 Patient_innen zum Opfer fielen, diente das Klischee, dass es den Anstaltspatient_innen gut gehe, während an der Front der Massentod und in der Heimat der Hunger herrschte. Da die Patient_innen eingeschlossen und fixiert waren, konnte ihre Zuteilung besonders scharf kontrolliert werden. Sie wurden einem Mangel ausgesetzt, der die Schwächsten vernichten sollte. Dieser sozialdarwinistische Idealzustand, angeblich ein Naturgesetz, war jedoch künstlich geschaffen – ein Widerspruch in sich. Es wäre ein Fehler, die Wirkung dieser Kollektiverfahrung historisch zu unterschätzen. Nur zwanzig Jahre später konnten Ärzt_innen, Pfleger_innen und Medizinalbeamte mit der Erkenntnis, dass klinische Morde an Behinderten und psychisch Kranken nicht nur ungesühnt, sondern auch niemals angeklagt, weil gesellschaftlich schlicht ignoriert wurden, in einem ideologisch aufgeladenen politischen Umfeld wie dem Nazi-Staat zu einer viel radikaleren Form des Krankenmords greifen. Dabei bedurften sie keiner Legitimation wie des allgemeinen Versorgungsmangels des Ersten Weltkriegs, ihnen wurden vom Staat keine Schranken gesetzt und sie wurden mit keinerlei Sanktionen bedroht.

Zu der Generation, die diese Erfahrungen verinnerlicht hatte, gehörte Carl Ballin. Als er im Jahr 1933 zum Leiter der Abteilung Soziale Fürsorge im Oldenburgischen Innenministerium ernannt wurde,[3] geschah dies aufgrund seines Rufes als Beamter mit ökonomischem Spürsinn, der mit den Staatsfinanzen sparsam umzugehen wusste. Von der NS-Regierung in Oldenburg, der die Macht bereits im Juni 1932 zugefallen war, wurde im April 1933 eine grundlegende Verwaltungsreform mit dem Ziel einer radikalen Einsparung der Staatsausgaben erlassen. Dafür wurden Männer wie Carl Ballin gebraucht. Im Einsparen von Staatsausgaben lag das zweite große Motiv für den Krankenmord. Seit der moderne Staat Haushaltsstellen für Sozialkosten geschaffen hatte, mithin seit der Entdeckung der Sozialen Frage und den bürokratischen Versuchen zu ihrer Lösung im 18. und 19. Jahrhundert, tobte ein Kampf um die Beschränkung dieser Ausgaben. Da bildet die Gegenwart mit ihren täglichen Nachrichten über Missstände in der Pflege und dem ständigen Bemühen, Pflegekosten zu reduzieren, keine Ausnahme. Der Nazi-Staat, dem Skrupel fremd waren, beauftragte ökonomisch befähigte Ministerialbeamte, die Pflegekosten zu reduzieren, dabei jede Form einer radikalen Problemlösung gutheißend, auch wenn sie auf Beschneidung der Lebensgrundlagen abzielte. Zumindest den „unheilbar Kranken", wie Hitler in seinem Euthanasie-Befehl vom 1. September 1939 formulierte, sollte „der Gnadentod gewährt" werden. Die oldenburgische Landesregierung eilte dieser Entwicklung um Jahre voraus und erließ einen eigenen „Gnadentodbefehl", mit dem der Landesfürsorgeverband den Staatshaushalt entlasten sollte.

Damit waren die Psychiatriepatient_innen und Heimbewohner_innen vom Weltbild Carl Ballins doppelt bedroht. Als „lebensunwertes Leben" hatten sie in seinen Augen ein minderes Existenzrecht, und als „unnütze Esser" waren sie Opfer seines Auftrags, die staatlichen Fürsorgekosten zu reduzieren. Ohne Umschweife machte er sich an die Arbeit, wobei ihm Umgebung und Struktur seines Arbeitplatzes entgegen kamen. Sein unmittelbarer Vorgesetzter, Ministerialrat Werner Ross, der die Kommunal- und Fürsorgeabteilung im Innenministerium leitete,[4] war nicht nur ein alter Kamerad im „Frontkämpferbund Stahlhelm", sondern berief ihn als Nummer Zwei in den Vorstand des Landesfürsorgeverbandes. Zur Erreichung ihrer Ziele strukturierten die beiden Beamten den Sozialverband wie ein Wirtschaftsunternehmen[5] und emanzipierten ihn mehr und mehr von der Landespolitik. Mit ihrem System der radikalen Entlastung der Staatsausgaben machten sie sich bei der Landesegierung unentbehrlich, so dass der SS-Sicherheitsdienst 1938 über Werner Ross urteilte: „Ministerialrat Ross [...] hat im Ministerium des Innern in Oldenburg eine ziemlich einflussreiche Stellung,"[6] und Carl Ballin resümierte nach dem Krieg, „daß er [Ross] Einfluß auf seinen Vorgesetzten, den Ministerpräsidenten und stellvertretenden Gauleiter Joel, gewann, welcher eine weiche und für einen Nationalsozialisten verhältnismäßig tolerante Natur war."[7]

Werner Ross war 1933 ins Innenministerium abberufen worden, um den 1924 gegründeten Landesfürsorgeverband zu reformieren. Zuvor hatte er als Landrat („Amtshauptmann") des Kreises Jever gründlichen Einblick in die Verwaltung des Landefürsorgeverbandes nehmen

können. Die Amtshauptmänner bildeten den Ausschuss, der die Abrechnung der von den Gemeinden gezahlten Fürsorgegelder beaufsichtigte. Mit dem Blick des erfahrenen Verwaltungsökonomen erkannte Werner Ross die Reformwürdigkeit des Landesfürsorgeverbandes und die Möglichkeiten, von den umfangreichen Finanzströmen einen Teil für staatliche Aufgaben jenseits der Fürsorge abzuzweigen. Am 15. Mai 1933 wurde das oldenburgische „Gesetz zur Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung“ in Kraft gesetzt,[8] das deutlich seine Handschrift trug, doch in der Nachkriegszeit keinen guten Ruf hatte. Carl Ballin versicherte 1947, dass Werner Ross – und damit er selbst als Bestandteil des Systems Ross – für dieses „umwälzende“ Gesetz nicht verantwortlich sei.[9] Tatsächlich stellte es einen Schritt in Richtung Marginalisierung und Niederführung der Fürsorgepatienten dar.

Oberkreisdirektor Carl Ballin (im weißen Mantel), Verwaltungsbezirk-Vizepräsident Werner Ross (rechts daneben) in Ost-Rittrum 1953

Ein weiterer Schritt war das am 30. Juli 1937 in Kraft getretene „Gesetz betreffend die Übertragung von Aufgaben auf den Landesfürsorgeverband Oldenburg.“[10] Ross und Ballin erhielten beträchtlich erweiterte Kompetenzen zugewiesen, mit denen sie sich nicht mehr auf die Abrechnung der Pflegegelder beschränken mussten, sondern die Anstalten als ganzes einschließlich der Gebäude und Grundstücke, die ihnen überschrieben wurden, bewirtschaften konnten. Darüber hinaus sollten sie staatliche Aufgaben ganz anderer Art wie die Kulturförderung und Infrastrukturmaßnahmen finanzieren. Gleichzeitig sollten sie jedoch die Gemeindekassen entlasten, also trotz erweiterter Aufgaben weniger Geld zur Verfügung haben – anscheinend die Quadratur des Kreises. Zunächst senkten sie die Pflegesätze der 3. Klasse[11] von 3,25 RM auf 1,85 RM für Psychiatriepatient_innen und 1,40 RM für Heimbewohner_innen[12]. Damit lagen „die hiesigen Anstalten mit ihren Pflegesätzen weit unter dem Reichsdurchschnitt,“[13] wie sich der Vorstand 1942 selber lobte. Aus diesen geringen Pflegesätzen eine angemessene Versorgung zu gewährleisten, war nicht das Problem von Ross und Ballin, sondern aus ihnen Überschüsse zu erwirtschaften. Am Beispiel des Gertrudenheims zeigte Ballin, wie das ging. Von einem Tagessatz von 1,40 RM sparte er 60 Pfennig ein.[14] Damit hatte sich die Versorgung der Patienten_innen derart verringert, dass ein Hungersterben um sich griff, von dem Hunderte betroffen waren. Die Sterblichkeit in den oldenburgischen Heimen und Anstalten wuchs rapide an, nachdem im Jahr 1936 das Ernährungsminimum unterschritten worden war.[15]

Fünf Jahre später bilanzierte Ballin: „Durch die Senkung der Pflegesätze sind der öffentlichen Fürsorge im Lande Oldenburg bisher schon fast zwei Millionen Reichsmark gespart worden; diese Ersparnisse verteilen sich je zur Hälfte auf die oldenburgischen Bezirksfürsorgeverbände und auf den Landesfürsorgeverband Oldenburg. Dadurch wurde

nachhaltig der Erkenntnis Rechnung getragen, daß die Ausgaben für das erbbiologisch unwerte Leben im Rahmen einer ordnungsgemäßen Behandlung möglichst niedrig zu halten ist.“[16].

Außer den Finanzen wusste Ballin auch das Anlagevermögen zu vermehren. Wehnen, Kloster Blankenburg, das Waisenhaus Varel und andere staatliche Einrichtungen wurden dem Landesfürsorgeverband übereignet. Die privat betriebene Arbeiterkolonie Dauelsberg, die er nicht freiwillig bekam, ließ er kurzerhand enteignen. Das aus einem Ödlandgebiet in fünfzigjähriger Arbeit in fruchtbares Ackerland verwandelte Gelände verkaufte Ballin sodann für 300 000 RM, um anschließend den landwirtschaftlichen Betrieb auf eine für 90 000 RM erworbene Brache in der gleichen Größe zu verlegen. Neben dem dabei erzielten Gewinn von 210 000 RM konnte er die Arbeitskraft der Heimbewohner_innen nutzen, um mit den landwirtschaftlichen Produkten die Versorgung der Anstalt zu verbilligen. Die Überschüsse verkaufte er am Markt.[17]

Auch in der Unterrichts- und Pflegeanstalt Gertrudenheim mussten die Patienten_innen arbeiten, allerdings beschränkte sich der Arbeitseinsatz traditionell auf „eine Reihe von Pfleglingen“, die bei der Haushalts- und Küchenarbeit halfen, um damit „mehrere Hausmädchen und dergleichen entbehrlich“ zu machen, wie Ballin schrieb.[18] Als das Heim jedoch im März 1937 nach Kloster Blankenburg verlegt wurde, standen die Patienten_innen vor der Aufgabe, einen landwirtschaftlichen Betrieb von gut 90 ha zu bewirtschaften,[19] auf der sie Schwerarbeit leisten mussten. In der Heil- und Pflegeanstalt Wehnen war eine Landwirtschaft in ähnlicher Größe zu versorgen. Hier konnten die Interessen der Staatsökonomie mit der Arbeitstherapie verbunden werden, wie Ballin bemerkte: „Durch die Beschäftigung von Kranken in der Landwirtschaft konnte neben Besserungs- und Heilerfolgen bei den arbeitenden Kranken eine gewaltige Ertragssteigerung erzielt werden, wodurch wiederum die Möglichkeit geschaffen wurde, die Verpflegungssätze ganz erheblich zu senken, was nicht zuletzt im Interesse der Steuerzahler liegen dürfte.“[20] Mit der Arbeitsfähigkeit erwarben sich die Patienten_innen das Recht auf ein Minimum an Versorgung – auch dies entsprach sozialdarwinistischen Vorstellungen. Es ist statistisch erwiesen, dass hauptsächlich die weniger leistungsfähigen und die gänzlich behinderten Patienten_innen zur Opfergruppe gehörten. Ihre Ausbeutung hatte für den Landesfürsorgeverband und seine Vermögensbildung Bedeutung bis weit in die Nachkriegszeit.

Ein weiteres Engagement von Ballin galt der Erbgesundheitspolitik, mit der die NS-Staatsführung sämtliche sogenannten Erbkrankheiten per Unfruchtbarmachung aus der „Volksgemeinschaft“ verbannen wollte. „Die Heil- und Pflegeanstalten bieten schlechthin den großen Ansatzpunkt für eine erbbiologische Bestandsaufnahme des deutschen Volkes. Diese Aufgabe würde im Lande Oldenburg völlig daniederliegen [!], wenn es über keine eigene HPA verfügte [um] die hiesigen Sippen zu untersuchen [...],“ schreibt Ballin 1941,[21] und sorgte dafür, dass der LFV die Verwaltung der Erbbiologischen Bestandsaufnahme an sich zog. Er ließ eine „Sippenstelle“ einrichten, um jede Familie in ihrer Erbfolge mit Krankheitsangaben bis zu den Urgroßeltern zu erfassen. Bevorzugte Opfer waren die Psychiatriepatient_innen und ihre Angehörigen. Es wurde eine „erbbiologische Kartei“ mit „Sippenbogen“ über jede Familie angelegt. Von der im Staatsarchiv eingerichteten und vom LFV finanzierten Datei sind heute keine Spuren mehr zu finden.

Ballins Entscheidungen hatten den Tod Hunderter von Patienten_innen in Wehnen und Kloster Blankenburg zur Folge. Seine Jahresberichte geben Einblick in ein Hungerdrama, wenn es heißt, „daß der Durchschnittsverpflegungssatz für Kranke im Rechnungsjahr 1939 = 0,43 RM und im Rechnungsjahr 1940 = 0,37 RM betrug“ und dass auf diese Weise „im vorangegangenen Geschäftsjahr wiederum ein erheblicher Überschuß erwirtschaftet“ worden sei.[22] Mit 40 Pfennig am Tag war ein_e Patient_in nicht zu ernähren, und da die Produkte aus dem landwirtschaftlichen Betrieb der Anstalt in vollem Umfang auf die Pflegekosten angerechnet wurden, hatte die Anstalt für den Ankauf von Lebensmitteln tatsächlich nur die genannten Beträge zur Verfügung. Solange die Patient_innen den Mangel ertrugen, kassierte der LFV die Tagessätze – ein System, das offenbar von Ballin zur Perfektion ausgestaltet wurde. Es ist zu untersuchen, ob er auch Vordatierungen vornahm, d.h. ob er das Sterbedatum in die Zukunft verlegte, um die Pflegekosten auch nach dem Tod der Patient_innen zu kassieren. Diese Methode gehörte zum Abrechnungsweise der Euthanasie-Zentraldienststelle „Aktion T4“ in Berlin.

Ideologie

Carl Ballin handelte offenbar aus der Überzeugung heraus, dass den Menschen unterschiedliche Lebensrechte zuständen. Damit vertrat er die weit verbreiteten sozialdarwinistischen Ansichten seiner Epoche und machte einen großen Kreis von Menschen, die seiner Fürsorge anvertraut waren, zu Opfern. Da er ein alter Kamerad im „Front-

kämpferbund Stahlhelm“ war, folgte sein Denken auch einem antidemokratischen, völkisch-rechtsradikalen Weltbild. Dass er dennoch um eine Mitgliedschaft in der NSDAP herumkam, ist bemerkenswert, umso mehr, da er, wie sein Vorgesetzter Ministerpräsident Georg Joel schrieb, „von väterlicherseits [!] einen jüdischen Großelternanteil“ hatte, weshalb er „aus dem Verkehr mit

© Dirk Fass

dem Publikum herausgezogen“ worden sei.[23] Hier wird ein von antisemitischer Verfolgung bedrohter Beamter von einem überzeugten Parteigenossen geschützt, damit er den systematischen Krankenmord planen und durchführen kann. Dies zeigt einmal mehr, dass die Vernichtungsidee gegen psychisch Kranke und Behinderte nicht auf den deutschen Faschismus zurückging, ja ihn nicht einmal brauchte, sieht man auf die Hungertoten in der deutschen Psychiatrie der Jahre 1914-1919, sondern einer viel älteren Ideologie folgte. Auch von einem Druck zum Eintritt in die Partei, den seine Kollegen nach dem Krieg vor den Entnazifizierungsausschüssen als Grund für ihre Mitgliedschaft angaben, war bei Ballin keine Rede.

Carl Ballin wurde niemals für seine Taten belangt, vielmehr bekam er von der Britischen Militärbehörde sofort einen Sonderbonus und wurde zum Oberkreisdirektor ernannt. Dieses Amt hatte er bis zu seiner Pensionierung 1961 inne. Der Landesfürsorgeverband verdankte ihm ein Vermögen, und viele Einrichtungen profitierten davon, darunter die Nazi-Thingstätte „Stedingsehre“ in Bookholzberg, die NSDAP, die Gau-Forschungsstelle Weser-Ems und die Sippenstelle am Staatsarchiv. Über das Nazi-Regime hinaus waren es in erster Linie das Museumsdorf Cloppenburg, die Energieversorgung Weser-Ems und die Tierkörperbeseitigungsanstalten. Grundlage dieser Vermögensbildung war eine systematische Zweckentfremdung der Pflegegelder in großem Stil, an der mindestens 1500 Patienten_innen der oldenburgischen Heime und Anstalten zugrunde gingen.

Ingo Harms

Endnoten

[1] Ballin am 8.2.1938 an das Oldenbg. Innenministerium (OMdI), Archiv der Karl-Jaspers-Klinik, 20-01-01 Bl. 372/18.

[2] Der Landesfürsorgeverband benannte sich später in Bezirksverband Oldenburg um.

[3] Entnazifizierungsakte Carl Ballin, Staatsarchiv Oldenburg (StAO) Best 351 Nr. 1965.

[4] Entnazifizierungsakte a.a.O.

[5] Die Geschäftsführung (Vorstand) bestand aus zwei Beamten (Ross und Ballin), der Kontroll-ausschuss aus den Landräten („Amtshauptmänner“) sowie den Bürgermeistern von Oldenburg, Delmenhorst und Rüstringen/ Wilhelmshaven.

[6] Bericht Sicherheitsdienst Reichsführer SS, Unterabschnitt Weser-Ems, Vechta, vom 27.8.1938, StAO Best. 320-2 Nr. 1 Bl. 4.

[7] Entnazifizierungsakte a.a.O.

[8] Entnazifizierungsakte a.a.O..

[9] Entnazifizierungsakte a.a.O.

[10] Veröffentlicht im Oldenburgischen Gesetzblatt Band 50 S. 181, KJKA 20-01-01, Bl. 372/13.

[11] Die auf Kosten der öffentlichen Fürsorge Untergebrachten stellten durchschnittlich 95 % der Patienten dar.

[12] Ballin am 6.2.1941 an OMdI, KJKA Nr. 20-01-08 Bl. 1/3 S. 1 f.

[13] Vorstand des LFV am 17.8.1942 an Organisation Todt, Bezirksverbandsarchiv (BVA) F-5XI, Bl. 2/65.

[14] Ballin am 7.8.1936, BVA HH 1 A, Bl. 4, S.5.

[15] Vgl. Ingo Harms: „Wat mööt wi hier smachten...“ Hungertod und „Euthanasie“ in der Heil- und Pflegeanstalt Wehnen 1936-1945, Oldenburg 1996/2008.

[16] Ballin am 6.2.1941 a.a.O., S. 2.

[17] Vgl. Protokoll der LFV-Vorstandssitzung vom 31.8.1937, TOP 6 S. 3, KJKA 20-01-01 Bl. 372/16.

[18] Ballin am 7.8.1936, BVA HH 1 A Bl. 4 S. 2.

[19] „Für das Gertrudenheim wird es von Nutzen sein, wenn etwas mehr Landwirtschaft betrie-ben werden kann, als es auf dem jetzigen, nur 5,25 ha großen Grundstück möglich ist,“ Ballin am 28.11.1936 an OMdI, BVA HH-1Q-3.

[20] OMdI, Aktennotiz vom 9.9.1936, KJKA 20-05-04 Bl. 184.

[21] LFV, Aktennotiz vom 6.2.1941, StAO Akz. 162 Nr. 561.

DAS RECHT ZUM PINKELN

Der DGB hat keine Strategie für die Zukunft und wird von vielen Mitgliedern allmählich als überflüssig angesehen.

Als IG-Metall-Bezirksleiter setzte Franz Steinkühler eine dreiminütige Pinkelunterbrechung für Akkordarbeiter in Baden-Württemberg durch – mit einem dreiwöchigen Streik. Die seinerzeit berühmte »Steinkühlerpause« wurde 1973 tarifvertraglich vereinbart. Der frühere Vorsitzende der größten DGB-Einzelgewerkschaft hat offenbar noch immer ein Faible für Arbeitskämpfe. Steinkühler ist einer der wenigen Prominenten, die sich mit dem Streik der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) solidarisch erklärt haben. Der heutige IG-Metall-Vorsitzende dagegen fällt dem Zugpersonal in den Rücken. Der Streik der Lokführer schüre »die Stimmung gegen die Gewerkschaften«, sagte Detlef Wetzel. Und der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann ist überzeugt, »dass die Gewerkschaften insgesamt einen großen Imageschaden erleiden«.

Dabei dürfte auch dank der beiden amtierenden Spitzenkräfte der deutschen Arbeiterbewegung mittlerweile noch dem letzten Stammtischbruder klar sein, dass die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften dem Arbeitskampf der Lokführer mindestens so feindlich gegenüberstehen wie der Bahnvorstand. Dass die GDL ihren bislang letzten Ausstand früher als geplant beendet hat, liegt am öffentlichen Druck, den auch die Funktionäre des DGB erzeugt haben. Die GDL gehört wie 42 weitere Beschäftigtenorganisationen dessen Konkurrenzverband Deutscher Beamtenbund (DBB) an.

Auch Steinkühler bekam seinerzeit den Unmut der Öffentlichkeit zu spüren, als er in den achtziger Jahren einen siebenwöchigen Ausstand für die Einführung der 35-Stunden-Woche anführte. Immerhin setzten die IG-Metaller 38,5 Stunden durch. 16 Wochen lang streikten Metallarbeiter 1956/57 für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – für alle Beschäftigten. Der Bundestag reagierte mit einer entsprechenden Gesetzesänderung. So einen langen Atem hat die IG Metall längst nicht mehr, und die IG BCE, die Heimatgewerkschaft des DGB-Vorsitzenden Hoffmann, hatte ihn nie. Sie verfolgt traditionell einen extrem – wie es so schön heißt – sozialpartnerschaftlichen, also arbeitgeberfreundlichen Kurs.

Im Mai wurde Hoffmann zum Nachfolger von Michael Sommer gewählt. Es war Sommer, der gemeinsam mit den Arbeitgeberverbänden die Initiative für ein Tarifeinheitsgesetz ergriffen hatte. Die Idee: Nur noch die Gewerkschaft, die in einem Betrieb die meisten Mitglieder hat, darf Tarifverträge aushandeln. Streiken dürfen Arbeitnehmer in Deutschland nur, wenn Gewerkschaften sie in einer Tarifauseinandersetzung dazu aufrufen. Wer nicht verhandelt, darf also auch nicht in den Ausstand. Ohne das Recht, Tarifverträge auszuhandeln und dafür zu streiken, ist eine Arbeitnehmerorganisation machtlos. Hat der Vorstoß Erfolg, könnte das das Ende der kleinen Spartengewerkschaften bedeuten. Vor kurzem hat Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) den von DGB und Arbeitgebern gewünschten Gesetzentwurf zur sogenannten Tarifeinheit vorgelegt. Der Tarifkonflikt bei der Bahn erschien ihr offenbar als die ideale Kulisse für die Präsentation ihres Entwurfs.

Die vom DGB selbst angezettelte Lex Spartengewerkschaften spaltet nun den Dachverband. Denn innerhalb des DGB ist das Tarifeinheitsgesetz höchst umstritten. Noch im Mai hatten die Funktionäre beim DGB-Bundeskongress versucht, die widerstreitenden Positionen in einem Antrag zusammenzubringen. Nach langem Ringen verabschiedeten die Delegierten einen Antrag, in dem sie Angriffe auf die Tarifautonomie und das Streikrecht ablehnen. Aber sie verpflichteten den Bundesvorstand nicht, den zu diesem Zeitpunkt bereits angekündigten Gesetzentwurf kategorisch abzulehnen. Bei vielen Beobachtern entstand daraufhin das sicherlich nicht unbeabsichtigte Missverständnis, der DGB habe sich gegen das Tarifeinheitsgesetz ausgesprochen. Doch der Formelkompromiss sagt das nicht. Und der neue Vorsitzende bezieht eine eindeutige Position: »Wir brauchen eine Stabilisierung der Tarifeinheit«, sagte Hoffmann. »Wenn uns die Große Koali-

tion dabei helfen will, nehmen wir das Angebot zur Hilfe natürlich an.«

Aufgabe des DGB ist der Satzung zufolge, die einzelnen Gewerkschaften »zu einer wirkungsvollen Einheit zu vereinigen«. Doch nach knapp einem halben Jahr im Amt hat Hoffmann den Dachverband mit acht Mitgliedern direkt in eine Zerreißprobe geführt. Die größten Blöcke im DGB bilden die IG Metall und die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, die zusammen zwei Drittel der Mitglieder stellen. Nachdem Nahles ihren Gesetzentwurf zur Tarifeinheit vorgelegt hatte, äußerten sich tagelang weder DGB noch die beiden größten Einzelgewerkschaften dazu. Sie suchten nach einer gemeinsamen Sprachregelung, vergeblich. Schließlich gab Verdi bekannt, eine Unterschriftenkampagne gegen das vom eigenen Dachverband mitinitiierte Tarifeinheitsgesetz anstoßen zu wollen. Der Verdi-Vorsitzende Frank Bsirske greift seine Kollegen an, die für den Entwurf eintreten: »Gewerkschafter können nicht die Hand reichen für einen solchen Eingriff ins Streikrecht.«

Aber genau das tun einige der im DGB organisierten Gewerkschaften, allen voran die IG Metall. Sie bestreitet, dass der Entwurf einen Angriff auf das Streikrecht darstellt. Auch die IG BCE befürwortet den Entwurf. Er sei ein »gutes Signal«, sagte der IG-BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten ist hingegen dagegen. Die dem DGB angehörige GDL-Konkurrenz Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) ist ebenfalls gegen den Entwurf – weil er ihr nicht weit genug geht. Denn in dem Entwurf ist die Maßeinheit der Betrieb, was der EVG jedoch zu klein ist. Die Deutsche Bahn ist seit ihrer Umwandlung in ein privatrechtlich organisiertes Unternehmen ein äußerst zergliederter Konzern. Dort müsste künftig für 300 Betriebe die Mehrheitsgewerkschaft ermittelt werden, kritisierte der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner. Es könnten sogar noch mehr sein. Kirchner hätte lieber den Konzern als festgeschriebene Einheit, damit auch wirklich sichergestellt ist, dass die GDL chancenlos ist.

Die Auseinandersetzung wird den DGB weiter schwächen. Seine Kräfte schwinden ohnehin dramatisch. Er repräsentiert fast nur noch halb so viele Menschen wie vor zwei Jahrzehnten. Eine Trendwende ist nicht absehbar. Viele Beschäftigte fragen sich angesichts der für Geringverdiener nicht gerade geringen Gewerkschaftsbeiträge von in der Regel einem Prozent des Bruttogehalts im Monat, was ihnen eine Mitgliedschaft bringt. Die DGB-Gewerkschaften sind international für ihre arbeitgeberfreundliche Haltung bekannt. Immer wieder müssen Arbeitnehmer Reallohnverluste hinnehmen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind in einer strukturellen Krise, aus der die Funktionäre keinen Ausweg finden. Anders als das Führungspersonal der schlagkräftigeren Spartengewerkschaften wie der GDL oder der Pilotenvereinigung Cockpit haben sie kein Konzept, wie sie ihre Organisationen erneuern und im 21. Jahrhundert kampffähig machen könnten. Stattdessen setzen sie auf längst überholte Führungsinstrumente. Wissenschaftler der DGB-nahen Hans-Böckler-Stiftung sehen das Tarifeinheitsgesetz sehr kritisch und haben ihre Position in diversen Publikationen eingehend begründet. Seit einigen Tagen sind ihre Texte zum Thema auf den Internetseiten der Stiftung nicht mehr abrufbar. Eine Weisung »von ganz oben« soll dafür gesorgt haben, heißt es. »Ganz oben«, das ist bei der Böckler-Stiftung der DGB-Vorstand.

von Anja Krüger

geklaut aus: jungle world 46/2014

WIE DER SUPERHELD IN DIE ANTIFA KAM

Über rote Fäden in der antifaschistischen Bewegung und die Frage nach dem richtigen Konzept

»Antifa in der Krise?!«, so lautete der Titel einer Konferenz im April dieses Jahres. Und auch die Antifaschistische Linke Berlin (ALB) stellte angesichts ihrer eigenen Auflösung im September fest: »Unseres Erachtens befindet sich die klassische Antifabewegung in einer Krise.« Über diese Feststellung hatte ich mich schon im April gewundert. Mir kam das irgendwie bekannt vor, und ich warf einen Blick zurück. »Unserer Meinung nach steckt die linksradikale antifaschistische Bewegung der Bundesrepublik in einer Krise – und das nicht erst seit gestern«, schrieb die Kampagne NS-Verherrlichung stoppen! im Jahr 2007 im Antifa Infoblatt und löste damit eine kleinere Debatte aus. Selbige Zeitschrift attestierte der Antifabewegung im Jahr 2000 »Hoffnungslosigkeit und Hyper-Stagnation«. Ein Jahr zuvor schrieben Hamburger Antifagruppen in einem Referat für das Bundesweite Antifa-Treffen (BAT), dass bereits vor dem krisenhaften Hintergrund Anfang der 1990er Jahre eine »erste grundsätzliche Diskussion über eine Neubestimmung antifaschistischer Politik« in der Antifabewegung begonnen habe.

Was ist denn da los? Wieso wird in regelmäßigen Abständen seit fast 25 Jahren die eigene Krisenhaftigkeit festgestellt?

Betrachtet man das Auf und Ab der Antifa, spielen vor allem zwei Faktoren eine Rolle: die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und der Zustand der extremen Rechten.

Was die ALB als »klassische Antifa« bezeichnet, meint wohl in etwa das, was in den 1990er Jahren »autonome Antifa« hieß: ein sogenannter Teilbereich der linksradikalen Bewegung. Habitus und Aktionsrepertoire übernahm die Antifa von den Autonomen. Als Teilbereich wurde die Antifabewegung ausgerechnet in einem Moment stark, in dem die Restlinke zunehmend in Ratlosigkeit versank: Die Wende, der weltweite Siegeszug des Kapitalismus, der nationale Taumel im Zuge der Wiedervereinigung und ein Rassismus, der sich auf der Straße Bahn brach, von den Medien mit Das-Boot-ist-voll-Schlagzeilen begleitet wurde und in der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl mündete. Was die Linke verzweifeln ließ, sorgte auf der anderen Seite dafür, dass sich Anfang der 1990er Jahre überall in der Bundesrepublik Antifagruppen gründeten. Mit der berechtigten Wut über die rassistischen Zustände und der Gegenwehr gegen Neonazis gelang es über Jahre kontinuierlich viele Menschen zu mobilisieren und zu politisieren – der einstige Teilbereich verselbständigte sich.

Ergebnis der erwähnten grundsätzlichen Diskussion über eine Neubestimmung antifaschistischer Politik war die sogenannte Organisierungsdebatte: 1991 gründete sich die Antifaschistische Aktion/ Bundesweite Organisation (AA/BO). Doch gleich zu Anfang entbrannte ein Streit über die richtige Form der Organisierung: Den zu großen Teilen von der autonomen Bewegung der 1980er geprägten Antifagruppen war die Vorstellung einer festen Organisation ebenso suspekt wie so manchen AntifaschistInnen aus den »neuen Bundesländern«. Das Bundesweite Antifa-Treffen (BAT) wurde ins Leben gerufen, ein eher loser Zusammenschluss von bis zu 150 Gruppen. Die Differenzen lagen die ganzen 1990er hindurch im strategischen Bereich – mit wem kann man Bündnisse eingehen, welche Art der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit verfolgt man, wie sieht es mit antifaschistischer Jugendarbeit aus? Von der politischen Analyse her unterschied man sich indes weitaus weniger. Antifa war der Ausgangspunkt, um linke Politik zu machen.

Mitte der 1990er wurde in zwei Wellen ein Großteil extrem rechter Gruppen verboten – die Deutsche Alternative, die Nationalistische Front, die Nationale Alternative, die Wiking-Jugend, die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei.

In der Folge wurde es ruhiger in der Neonaziszene – viele Antifagruppen fielen in Winterschlaf oder verlagerten ihren Schwerpunkt.

Die extreme Rechte nutzte die Zeit zur Restrukturierung. Das Ergebnis: Die NPD und ihre Jugendorganisation, die JN, öffneten sich in Richtung Neonaziszene und dienten als quasi einzig verbliebenes legales Sammelbecken. Auf dem Bundesparteitag 1996 manifestierte sich dieser Kurswechsel der Partei in dem sogenannten Drei-Säulen-Konzept, dem »Kampf um die Straße«, dem »Kampf um die Parlamente« und dem »Kampf um die Köpfe«. Zeitgleich entwickelten die Neonazikader Christian Worch und Thomas Wulff das Konzept der sogenannten Freien Kameradschaften als alternative Antwort auf die staatliche Repression.

Ende der 1990er Jahre konnten die Neonazis die Früchte dieser Umstrukturierung ernten: Am 1. März 1997 marschierten nach einem Aufruf der NPD gegen die Wehrmachtsausstellung 5 000 Alt- und Neonazis durch München – bis dahin der größte Naziaufmarsch seit Bestehen der Bundesrepublik. Weitere Massenveranstaltungen folgten: 5 000 TeilnehmerInnen zählte der Wahlkongress der NPD am 7. Februar 1998 in Passau, 4 000 AnhängerInnen der Partei kamen am 1. Mai 1998 nach Leipzig, 3 000 waren es am 19. September des selben Jahres in Rostock. Die NPD nutzte ihren Parteistatus, um darüber hinaus zahlreiche weitere Kundgebungen und Demonstrationen anzumelden und durchzusetzen.

Die Antifa stand entweder hilflos am Rand oder lieferte sich abseits der Neonaziveranstaltungen – manchmal kilometerweit entfernt – Auseinandersetzungen mit der Polizei. Wo den Neonazis kein öffentlicher Aufmarsch ohne Behinderungen durch den Staat gelang – wie beispielsweise zu Ehren des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß – jagte die »Fahndungsantifa« wenigen klandestin organisierten Neonazis hinterher, ohne dass eine breitere Öffentlichkeit Notiz davon nahm.

Revolutionärer Antifaschismus

Spätestens seit dieser Zeit dreht sich die immer wieder aufkommende Diskussion im Kern um die Frage, ob Antifa als politisches Konzept taugt. Die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) legte dies im Jahr 1998 in der Broschüre »Konzept Antifa« nahe und bezeichnete dies als »revolutionären Antifaschismus«. Dieser könne, so die Vorläufergruppe der ALB, deswegen systemüberwindend sein, weil mit dem Kampf gegen den Faschismus zugleich die gesellschaftlichen Bedingungen, aus denen er hervorgeht, mit bekämpft werden. Ausgehend vom Kernbereich Antifaschismus plädierte die damalige AA/BO-Gruppe dafür, sich mit allen Fragen, die für die gesamte Linke anstehen, zu beschäftigen, »immer verbunden mit dem konkreten Anliegen von Antifa-Arbeit«.

Dass hier versucht wurde, das Pferd von hinten aufzuzäumen (»Antifa ist der Kampf ums Ganze«), scheint weder der AAB noch der späteren ALB aufgefallen zu sein. Sie selbst legen die Geburtsstunde des »Revolutionären Antifaschismus« im »Konzept Antifa« in die Anfänge der AA/BO. Einen letzten großen Versuch zur Umsetzung startete die AA/BO mit der »Antifa Offensive 99«, von der nicht viel mehr als die Erinnerung an das damals allgegenwärtige Stempel-Logo der Kampagne übrig geblieben ist.

In Wirklichkeit war die antifaschistische Bewegung jedoch schon lange an ihre Grenzen gestoßen. Nicht nur eine erstarkte Neonaziszene, mangelhafte strategische Konzepte und eine Gesellschaftsanalyse, die Schwierigkeiten hatte überhaupt den eigenen Gegenstand zu bestimmen, waren die Ursache. Hinzu kamen veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingen. Nach

dem rot-grünen Regierungsantritt 1998 beteiligte sich Deutschland erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg wieder an einem Angriffskrieg – und legitimierte dies damit, ein »neues Auschwitz« verhindern zu wollen. Der Antifa blieb der Mund offen stehen, sie versank in absoluter Hilflosigkeit ob dieser neuen Situation. Das Bündnis gegen Rechts Leipzig schrieb im Jahr 2001 zu Recht, dass es jene Hilflosigkeit war, die das eigentliche Ende der klassischen Antifapolitik der 1990er Jahre markierte und nicht das, was kurze Zeit darauf kam: der Antifasommer im Jahr 2000. Der von Bundeskanzler Gerhard Schröder ausgerufene »Aufstand der Anständigen« gab der Antifabewegung den letzten Rest. Und so findet sich kaum eine Antifagruppe, die die Jahrtausendwende überstanden hat.

Damals gründeten sich vielerorts »Linke Gruppen«, und zwar unter anderem aus der Erkenntnis heraus, dass antifaschistische Arbeit zwar nicht überflüssig ist, jedoch als Teilbereich an sich keine Lösung gesellschaftlicher Probleme bietet.

Mit dem Auftritt der Staatsantifa, mit dem ersten Anlauf zum NPD-Parteiverbot geriet die Neonaziszene tatsächlich zwischenzeitlich in die Defensive. Unter anderem das Scheitern des Verbotsantrages verschaffte der extremen Rechten nach 2003 jedoch neuen Auftrieb – es begann neuerlich eine Zeit der neonazistischen Großaufmärsche: Fast 5 000 Neonazis waren es 2004 in Wunsiedel zu Ehren von Rudolf Heß, 1 500 im brandenburgischen Halbe, fast 7 000 marschierten 2005 zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens durch die Stadt. An nahezu allen Stationen der zweiten Wehrmachtsausstellung marschierten Neonazis unter dem Motto »Opa war in Ordnung«. Zum Pressefest der Deutschen Stimme, der Parteizeitung der NPD, kamen im Jahr 2004 7 000 Neonazis, im Jahr 2006 waren es 8 000.

Gegen all diese Ereignisse gab es antifaschistische Proteste. Eine neue Generation von Antifagruppen war entstanden, die diese Proteste zusammen mit den Antifa-Überbleibseln der 1990er organisierte. Mobilisiert wurde meist mit dem Verweis auf eine militante Option: Superhelden vor brennenden Kulissen waren ein beliebtes antifaschistisches Plakatmotiv, Parolen wie »Nazis wegrocken« reduzierten eigene Inhalte auf ein Minimum – nicht selten wurde auf einen langatmigen Aufruf einfach von vornherein verzichtet. Der Erfolg war bescheiden – und sehr langsam setzte sich die Erkenntnis durch, dass man Neonaziaufmärsche gegen den Willen der Polizei »militärisch« nicht verhindern kann. Die militante Option, die man so gerne von den Autonomen der 1980er adaptieren wollte, war real nicht vorhanden.

Nazis wegrocken?

In der erwähnten Debatte im Antifa Infoblatt im Jahr 2007 nannte die Antifaschistische Linke International (A.L.I.) das Vorgaukeln von Militanz eine notwendige »Drohgebärde«, um entweder das Verbot eines Neonaziaufmarsches zu erwirken oder die Stimmung im Ort zu verändern. Die Drohung, dass mal was kaputt geht, als politische Strategie – dass das für wenig Nachhaltigkeit sorgt, verwundert kaum.

Das Konzept der Massenblockaden schien 2010 ein Ausweg aus dieser misslichen Lage zu sein. Und in der Tat gelang es erstmals nach langer Zeit, vielerorts Aufmärsche effektiv und mit breiten Bündnissen zu verhindern. Aber Eventpolitik ist eben nur das eine. Die Frage der Ausrichtung der eigenen politischen Arbeit ist das andere. Das wurde bei dem erwähnten Antifakongress deutlich. Das Auffliegen des NSU im November 2011, die Flüchtlingspolitik von EU und Bundesrepublik, die Proteste gegen die Unterbringung von Geflüchteten, die Wahlerfolge der Alternative für Deutschland (AfD) haben das Thema

Rassismus und das Verhältnis zur »Mitte« der Gesellschaft und zum Staat auf die politische Agenda gesetzt.

Angesichts des Auffliegens des NSU wurde auf dem Antifakongress im April mehrfach von einer »Schockstarre« gesprochen, in der es vielen Gruppen schwer gefallen sei, politisch zu reagieren. Sprachlosigkeit und Ratlosigkeit ziehen sich bereits seit den 1990er Jahren wie ein roter Faden durch die Geschichte der Antifabewegung. So schrieb das Leipziger Bündnis gegen Rechts in einem Text zum Antifakongress 2001 in Göttingen zum sogenannten Aufstand der Anständigen: »Die meisten Gruppen hingegen waren von der Situation so überrascht bzw. überwältigt, dass sie zunächst in Stagnation verharrten und nichts mehr taten.« Ein gängiges Verhalten also.

Auch die Diskussion um die AfD scheint nicht komplett neu zu sein. So hieß es in dem Referat zum BAT in Bezug auf den Aufstieg der Republikaner Ende der 1980er Jahre: »Offenbar hatte das Integrationspotential der etablierten Parteien nicht mehr ausgereicht, um eine Wahlentscheidung zugunsten offen rassistischer Parteien zu verhindern. Konfrontiert wurde die Antifabewegung mit einer Form von normalem Rassismus der gesellschaftlichen Mitte, mit einem politischen Klimawechsel, der nicht direkt auf Organisation in einer der diversen Nazi-Kleinparteien basierte.«

Freilich ändern sich fortwährend die Rahmenbedingungen linker Politik. Trotzdem bedeutet Kontinuität der eigenen politischen Arbeit eben auch, vergangene Diskussionen und ihre Knackpunkte, die Gründe für Erfolge und für das eigene Scheitern hin und wieder zu reflektieren.

Antifaschistische Arbeit bleibt richtig und notwendig. Antifaschismus kann Menschen mobilisieren, vielleicht sogar an Politik heranführen, kann Empörung kanalisieren und zuweilen Neonazis und RassistInnen zurückdrängen. Aber Antifaschismus taugt deswegen wenn überhaupt nur als strategisches, aber eben nicht als politisches Konzept, weil man sich über ihn allein kein kritisches Bild der Gesellschaft machen kann. Und ohne kritisches Bild der Gesellschaft keine grundlegende politische Veränderung.

von Maike Zimmermann
aus analyse & kritik nr. 598

Die Geschichte des Ö.

Vom Marxismus-Leninismus zum demokratischen Konföderalismus – die ideologische Wandlung der PKK

Als Studierende kurdischer Herkunft in den 1970er Jahren die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in der Türkei gründeten, standen Marxismus-Leninismus und nationale Befreiungsbewegungen hoch im Kurs der globalen Linken. Auch in der Türkei dominierten maoistische, stalinistische und andere autoritäre Strömungen. Dogmatisch marxistische Gruppierungen bekämpften sich teilweise gegenseitig. Hauptdifferenzen innerhalb der türkischen Linken lagen nicht nur in der jeweils eigenen ideengeschichtlichen Verortung innerhalb des Leninismus, sondern auch in der taktischen Frage, ob die Revolution eher vom Land in die Stadt oder von der Stadt auf das Land getragen werden sollte, sowie im Verhältnis zum Kemalismus.

Der Kemalismus, ein autoritäres und nationalistisches Modernisierungsprojekt, galt Teilen der türkischen Linken auch als linkes, antiimperialistisches Projekt, das Fortschritte in der Geschlechterfrage bewirkt und die Gesellschaft säkularisiert hatte. Andere begriffen ihn als ein kapitalistisches und nationalistisches Unterdrückungsinstrument. Kemalistische versus antikemalistische Linke, Stadtguerilla versus Bauernbewegung waren entscheidende Bruchlinien der türkischen Linken in den 1970er Jahren.

Die antikoloniale Phase

Die kurdischen Studierenden in Ankara, die sich in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre um Abdullah Öcalan, Cemil Bayık, Mehmet Karasungur, Mehmet Hayri Durmuş, Kesire Yıldırım, Baki Karer, Sakine Cansiz und Şahin Durmuş sammelten, waren Teil dieser türkischen Linken, nicht der kurdischen Landbevölkerung Südostanatoliens. Ihre politischen Vorläufer waren weder die ländlichen kurdischen Rebellionen der 1920er und 1930er Jahre noch die frühere kurdische Nationalbewegung, die von Parteien wie der Demokratischen Partei Kurdistans-Türkei (PDK-T) oder der Sozialistischen Partei Kurdistans (PSK) geprägt wurden. Die frühe PKK war ein Produkt der studentischen radikalen Linken der Türkei.

Sie deutete die Konflikte in der Türkei einerseits vor dem Schema marxistisch-leninistischer Modernisierungstheorien, andererseits als imperialistische Konflikte. Kurdistan sahen die jungen Radikalen um Abdullah Öcalan als Kolonie, deren Entkolonialisierung die neue Partei erkämpfen sollte. Zugleich blickten die PKK-GründerInnen verächtlich auf die alten tribalen Strukturen ihrer Herkunftsgesellschaft herab. In ihnen sahen sie die Ursache für die »Rückständigkeit« und den Mangel an revolutionärem Potenzial in Kurdistan. Der Kampf der frühen PKK richtete sich damit nicht nur gegen die Türkei, sondern auch – als Phase im antikolonialen Befreiungskampf – gegen den kurdischen Feudalismus und Tribalismus.

Marxismus-Leninismus einerseits und kurdischer Befreiungsnationalismus andererseits dominierten die Theorie und Praxis der am 27. November 1978 im Dorf Ziyaret in der Provinz Diyarbakır offiziell gegründeten Organisation. Nach Öcalans Weg ins syrische Exil im Juni 1979 wuchs die autoritäre und zentralistische Kaderpartei unter dem Schutz des dortigen Baath-Regimes zu einer bewaffneten Guerilla heran. In Syrien bzw. im von Syrien kontrollierten Teil des Libanon lernte die PKK das Guerillahandwerk. Vor allem die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP) schulte die Studentinnen aus Ankara im bewaffneten Kampf. 1982 sammelte die PKK schließlich an der Seite der DFLP im Kampf gegen die israelische Invasion des Libanon ihre ersten militärischen Erfahrungen, ehe sie 1984 als Guerilla in die Türkei zurückkehrte.

Neben Marxismus-Leninismus, Nationalismus und Antiimperialismus bildete eine eigene, essenzialistische Spielart des Feminismus von Anfang an eine zentrale Säule der PKK-Ideologie. Die auf den Einfluss von Öcalans ehemaliger Ehefrau Kesire Yıldırım zurückgehenden feministischen Positionen der Partei blieben auch nach Öcalans Bruch mit Yıldırım zentral für das Selbstverständnis der Partei und Öcalans Denken. Bald verfügte die PKK auch über bewaffnete Fraueneinheiten. Frauenrechte bildeten ein zentrales Element der Propaganda, und tatsächlich war die Partei gerade unter jungen Frauen erfolgreich.

Trotz der organisatorischen Geschlossenheit bildete die PKK nie eine völlig geschlossene ideologische Einheit. Der Aufbau einer Massenbewegung bedeutete auch, dass es immer wieder zu Richtungsauseinandersetzungen und ideologischen Experimenten kam. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1989/1990 trat der Marxismus-Leninismus etwas in den Hintergrund. Doch auch wenn die PKK sich »sozialdemokratisierte«, blieben die wesentlichen ideologischen Eckpunkte bestehen. Gleichwohl war die PKK trotz ideologischer Gemeinsamkeiten mit (post-)stalinistischen Parteien nie von Moskau abhängig. Der Zusammenbruch der Sowjetunion stürzte sie daher ideologisch weit weniger in die Krise als die westeuropäischen Kommunistischen Parteien oder die trikontinentalen Proxies der Sowjetunion.

Verhaftung Öcalans und Neuausrichtung

Die entscheidende Bewährungsprobe der PKK sollte erst zehn Jahre später mit der Verhaftung, Verschleppung und Verurteilung ihres Parteiführers Abdullah Öcalan beginnen. Entgegen vieler Erwartungen führte die Verhaftung des Führers (Serok) allerdings weder zur Spaltung noch zur Auflösung der Partei. Nicht einmal den Parteivorsitz büßte der inhaftierte Öcalan ein. Vielmehr gelang es ihm nach einer Phase der Irritation, zu der auch sein Verhalten vor Gericht einiges beigetragen hatte, wieder die ideologische Führerschaft zu übernehmen. Der zunächst zum Tode verurteilte und oft in Isolationshaft gehaltene Öcalan meldete sich bald mit kleinen Schriften zu Wort, die er über seine Anwälte aus dem Gefängnis bringen ließ oder im Prozess als Verteidigungsschriften benutzte.

In den Jahren nach 1999 machte die PKK die größte ideologische Veränderung durch. Stichwortgeber blieb der auf der Gefängnisinsel İmralı festsitzende Öcalan. 2002 erklärte sich die Partei zunächst für aufgelöst und wurde durch die KADEK, später Kongra-Gel, weitergeführt, ehe sie ab 2005 wieder als PKK reorganisiert wurde. Auf einer Parteiversammlung im Mai 2005 wurde das von Öcalan in Gefangenschaft entwickelte Konzept des »demokratischen Konföderalismus« als neue Leitlinie angenommen.

Einige der in Gefangenschaft verfassten Schriften Öcalans sind heute auch in deutschen Übersetzungen zugänglich und legen Zeugnis von der bemerkenswerten ideologischen Entwicklung des PKK-Führers ab. Öcalans Reflexionen in Gefangenschaft, wie sie im 2010 auf Deutsch erschienenen Werk »Jenseits von Staat, Macht und Gewalt« zugänglich gemacht wurden, sind weit entfernt von der marxistisch-leninistischen Kampfrhetorik der 1980er Jahre, sondern reflektieren durchaus selbstkritisch die eigenen Kämpfe, Erfolge und Niederlagen.

Eine der bemerkenswertesten Veränderungen in Öcalans Denken wird im Begriff des »Volkes« sichtbar. In der PKK waren in der Vergangenheit immer wieder nationalistische Töne zu hören, die auch - zumindest fallweise - einen völkischen Nationenbegriff umfassten. Heute stellt Öcalan unmissverständlich klar, dass er den Begriff »Volk« ähnlich verwendet wie große Teile der lateinamerikanischen Linken den Begriff »pueblo«. Er habe mehr mit Negri und Hardts Multitude gemeinsam als mit dem, was im deutschen Sprachraum als Volk bezeichnet wird. Im Diskurs der Partei spiegelt sich die Abkehr vom

völkischen Nationenbegriff etwa in der Verwendung des Worts »kurdistanisch« wider, das nicht nur die KurdInnen, sondern auch die anderen ethnischen Gruppen Kurdistans einschließen soll.

Umfassende Selbstkritik

Demokratie und eine ökologisch-soziale Ökonomie stehen heute im Mittelpunkt des Denkens von Abdullah Öcalan. Aus der Oktoberrevolution zieht er die Lehre, dass es nur dauerhafte antikapitalistische Lösungen geben könne, »indem die demokratische Haltung der Völker in umfassende demokratische Systeme transformiert wird«[1]. Die Linke – auch die PKK – müsse sich vom Etatismus befreien. Hier knüpft die seit 2005 propagierte Idee eines »demokratischen Konföderalismus« von unten an. Die umfassende Kritik der bisherigen Staats- und Revolutionskonzepte der PKK sind ein eindrucksvolles Beispiel an Selbstkritik, die allerdings noch davor zurückschreckt, auch die eigene Person und Rolle als autoritäre und idealisierte Führergestalt kritisch unter die Lupe zu nehmen.

Neben diesen Innovationen und Weiterentwicklungen finden sich jedoch auch Konstanten im Denken Öcalans. So bleibt die wichtige Rolle, die er der Patriarchatskritik einräumt, auch in den neuen Schriften sichtbar. Historisch hält er die Unterdrückung der Frau durch das Patriarchat für die »erste folgenreiche Konterrevolution« und unterstreicht, dass die Freiheit und Gleichberechtigung der Frau eine Bedingung für die Freiheit und Gleichheit einer Gesellschaft darstellt.

Intellektuell hat sich Öcalan weit von den autoritären marxistisch-leninistischen Vorstellungen der 1980er Jahre entfernt. Auch Erschießungen von ParteidissidentInnen, die es in den 1980er Jahren gab, gehören der Vergangenheit an. Allerdings hat die Hinwendung zu basisdemokratischeren Ansprüchen nichts Wesentliches an der autoritären und zentralistischen Parteistruktur geändert. Zwar wurden Volksräte und andere basisdemokratische Strukturen aufgebaut; die wesentlichen Entscheidungen werden aber immer noch von einem kleinen Führungskader der Partei getroffen.

von Thomas Schmidinger
aus analyse & kritik nr. 599

[1]Abdullah Öcalan: Jenseits von Staat, Macht und Gewalt. Verteidigungsschriften, Köln 2010, S. 175f.

Internationale Solidarität 2.0

Die Kurdistan-Solidarität ist zurück. Dass es dafür erst die Bedrohung durch den Islamischen Staat (IS) brauchte, zeigt eine Schwachstelle der radikalen Linken in Deutschland auf.

Derzeit könnte man manchmal meinen, man befinde sich in den achtziger Jahren. Plakate der Antifa fordern »Waffen für die YPG«, daneben ist eine Guerilla-Kämpferin mit Maschinengewehr und »Palituch« in der Wüste abgebildet. Es ist faszinierend, mit welcher Geschwindigkeit die verloren geglaubte internationale Solidarität in der deutschen radikalen Linken wieder Einzug gefunden hat. Als ob es nie anders gewesen wäre, demonstriert die kurdische Linke zusammen mit der deutschen und fordert das Ende des PKK-Verbots. Auf der antinationalen Demonstration gegen die Einheitsfeierlichkeiten am 3. Oktober in Hannover gab es einen großen kurdischen Block; die Kritik am deutschen Nationalismus wurde mit dem Kampf gegen den Terror des IS und für die kurdische Selbstverwaltung in Rojava verbunden.

Ohne Frage: Vielen geht es derzeit in erster Linie gegen den IS als gemeinsamen Feind und erst an zweiter Stelle darum, für die PKK, YPG oder ähnliche Bewegungen vor Ort einzustehen. Schließlich hatte der nie beendete Krieg niederer Intensität des türkischen Militärs gegen die kurdische Selbstverwaltung seit Jahren zu keiner ernstzunehmenden Mobilisierung hierzulande geführt, ebensowenig wie die Festnahmen Tausender kurdischer Linker seit 2009. Aber die kaum zu beschreibende Brutalität des IS hat die Solidaritätsbewegung wieder zum Leben erweckt. Nicht zuletzt, weil es dort Kräfte gibt, mit denen man sich politisch solidarisieren kann.

Die Neuentdeckung der internationalen Solidarität hat eine nähere Betrachtung verdient. Noch bis Anfang der neunziger Jahre war der klassische Antiimperialismus hierzulande die vorherrschende linke Doktrin. Befreiungsbewegungen, die angeblich im Namen ganzer unterdrückter Völker sprachen, konnten auf die bedingungslose Unterstützung derjenigen bauen, die im »Herzen der Bestie« festsaßen – unabhängig davon, wie reaktionär sie waren. Von Palästina in die kurdischen Berge, über Nordirland an die baskische Küste. Die linke Sicht auf die Welt war einfach: Es gab nur Gut gegen Böse. Zu Beginn der neunziger Jahre aber wurde die Welt komplizierter. Die Kolonialzeit war vorbei, die Block-Konfrontation ging zu Ende und der real existierende Sozialismus hatte sich bereits durch seine eigene Gestalt diskreditiert. Kritik wurde laut, linke Gruppen in Deutschland spalteten sich, nicht zuletzt aufgrund unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten bezüglich internationaler Solidarität und der lange vorherrschenden Ignoranz gegenüber Nationalismus und Antisemitismus in den eigenen Reihen. Die einen ignorierten größtenteils diese Kritik und hielten am bewährten Weltbild fest, die anderen wollten fortan von militanten Bewegungen in anderen Teilen der Welt gar nichts mehr wissen.

Währenddessen hat innerhalb der kurdischen Befreiungsbewegung ein erstaunlicher Prozess stattgefunden. Noch Ende der neunziger Jahre wurde die PKK in dem Buch »Postfordistische Guerilla« von der Herausgeberinnengruppe »Demontage« der Kategorie »völkischer Nationalismus« zugeordnet. Zu Recht, liest man sich damalige Texte der Organisation und ihres Anführers, Abdullah Öcalan, durch. Von der »patriotischen Pflicht«, das »tausendjährige Heimatland« zu verteidigen, ist dort die Rede. Kosmopolitismus wird als »niederträchtiges Verbrechen« bezeichnet. In einem Interview in der Zeit rechtfertigte Öcalan 1997 gar den deutschen Rassismus gegenüber Kurden, schließlich würde das »entwickelte Deutschland aufgrund der Rückständigkeit unseres Volkes verschmutzt«. Die Argumentation des kurdischen Befreiungskampfes war von Ethnonationalismus geprägt, der mit Antiamerikanismus und Antisemitismus durchsetzt war. Die hiesige Solidaritätsszene knüpfte daran an.

1999 wurde Öcalan in Kenia entführt und in der Türkei inhaftiert, wo er bis heute im Gefängnis sitzt. Dort begann er, sich unter anderem mit den Schriften des nordamerikanischen Anarchisten Murray Bookchin zu beschäftigen. Hieraus entstand 2004 sein Buch »Jenseits von Staat, Macht und Gewalt«, eine Absage an die marxistisch-leninistische Kampfrhetorik und den klassischen Antiimperialismus und zugleich ein Plädoyer gegen die Schaffung eines kurdischen Nationalstaates und für den »Demokratischen Konföderalismus«. In späteren Schriften arbeitete er dieses Konzept weiter aus. Die Idee ist die Schaffung einer Basisdemokratie als fortlaufender Prozess, der auf Rätestrukturen der Selbstorganisation und Selbstverwaltung aufbaut und in dem »alle Arten gesellschaftlicher und politischer Gruppen, Religionsgemeinschaften oder geistiger Strömungen sich direkt in allen regionalen Entscheidungsprozessen ausdrücken können«.

Als Grundpfeiler der neuen Gesellschaft werden Ökologie und Feminismus angegeben, sowie eine alternative Ökonomie, die sich nach den Bedürfnissen der Gesellschaft richten soll. Die Kritik an Sexismus und Patriarchat nehmen großen Platz in der Theorie ein, sie werden als fundamentale Eigenschaften der kapitalistischen Ordnung sowie des Nationalstaates begriffen. Der Demokratische Konföderalismus wird als »antinationalistische Bewegung« bezeichnet, zugleich aber an einem Konzept der demokratischen, also politischen Nation festgehalten. Neben der Abwendung vom Nationalstaat wird auch die revolutionäre Perspektive neu formuliert: »Freiheit und Gerechtigkeit können nur innerhalb eines dynamischen demokratischkonföderalen Prozesses erreicht werden«, schreibt Öcalan. Die militärischen Strukturen dienen der Selbstverteidigung, nicht mehr einem revolutionären Umsturz zur Machtübernahme.

Noch immer ist eine starke ethno-folkloristische Komponente zu erkennen. In »Krieg und Frieden in Kurdistan« (2008) legt Öcalan den Beginn der kurdischen Kultur auf 20 000 v. Chr. und beschreibt das »kurdische Volk« als

»eine der ältesten autochthonen Ethnien der Region«, was sich bis zum heutigen Tag seine »Existenz als ethnische Gemeinschaft« bewahrt habe. Auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird weiterhin akzeptiert. Aber, und das ist der entscheidende Unterschied, es wird nicht eine vermeintliche ethnische Differenz oder die Existenz als »Volk« zur Legitimation des Kampfes herangezogen, sondern es geht um eine basisdemokratische Umgestaltung der Gesellschaft, von der alle profitieren sollen und die auch als Beispiel für andere Länder gelten soll. Nationalismus und Nationalstaaten werden explizit als Feinde jeglicher freiheitlicher Bestrebungen aufgefasst. Und auch wenn weiterhin von »Völkern« die Rede ist, wird zugleich betont, dass Gesellschaften in sich widersprüchlich und heterogen seien und dass die »demokratische Nation« auf dieser Heterogenität aufbauen müsse. Die Aussagen Öcalans zu Israel sind nicht weniger interessant. Israels Stärke im Mittleren Osten resultiere aus seinen »starken demokratischen und kommunalen Strukturen«, also ähnlich dem, was der Demokratische Konföderalismus schaffen will. Öcalan weiter: »Die Juden gehören zu den Kulturträgern des Mittleren Ostens. Die Verweigerung ihres Existenzrechts ist ein Angriff auf den Mittleren Osten als solchen.« Statt in alter antiimperialistischer Manier im Nahostkonflikt ein unterdrücktes Volk gegen ihre Besatzer kämpfen zu sehen, wird er als Beweis für »das völlige Versagen der kapitalistischen Moderne und des Nationalstaates« angeführt.

Mit ihrer Neuausrichtung verhält sich die PKK gegenläufig zu den meisten nationalen Befreiungsbewegungen, die sich seit dem Ende der Sowjetunion immer stärker ethnisch artikulieren. Statt für die sozialistische Weltrevolution kämpfen diese mittlerweile für das völkisch verstandene »Selbstbestimmungsrecht«. Die PKK, oder zumindest Öcalan, hingegen hat den Zusammenbruch des Realsozialismus und das Scheitern »nationaler Befreiung« zum Anlass genommen, das eigene Politik- und Revolutionsverständnis zu hinterfragen. All dies bedeutet nicht, dass Antisemitismus, Militarismus, autoritäre und patriarchale Strukturen in der kurdischen Bewegung nicht mehr vorhanden sind. Diese müssen ebenso wie der fortbestehende autoritäre Führerkult um Öcalan Gegenstand der Kritik bleiben. Genauso wichtig ist es, anzuerkennen, dass es Kräfte vor Ort gibt, die diese Kritik teilen.

So bietet der Kampf um Rojava auch für die deutsche radikale Linke eine Chance. Nämlich auf der einen Seite zu sehen, dass nicht jede mit »Palituch« eine Antisemitin und nicht jeder Befreiungskampf völkisch ist, sondern dass Verhältnisse und Bewegungen in sich widersprüchlich sind und sich in einem stetigen Prozess befinden. Die andere Seite könnte lernen, dass es keinen Grund gibt, sich auf die Seite aller vermeintlich unterdrückten Völker zu schlagen, ohne sich zu fragen, wer da eigentlich für wen spricht und was deren Befreiung bedeuten würde, hätte sie Erfolg – zu oft nämlich das Gegenteil. Das kurdische Beispiel zeigt, dass Befreiungsbewegungen durchaus die Wahl haben, ob sie für eine freie Gesellschaft kämpfen oder ob sie sich auf ein völkisches Selbstbestimmungsrecht beziehen – und das letzteres nicht durch Unterdrückung entschuldigt werden kann. Diese Diskussion kann aber warten. Und zwar solange, bis Rojava nicht mehr von der religiös-fundamentalistischen Barbarei der IS-Truppen bedroht ist. Bis dahin gibt es Wichtigeres zu tun.

Thorsten Mense in der Jungle World

Schluss mit der selektiven Solidarität

Die einseitige Unterstützung der kurdischen Selbstverwaltung spielt dem Assad-Regime in die Hände

Seit Mitte September ist Syrien wieder in den Schlagzeilen. Anlass ist der Vormarsch der dschihadistischen Milizen des sogenannten Islamischen Staates (IS) auf die kurdische Enklave Kobanê (arabisch: Ain al-Arab) im Norden des Landes und die Einkesselung der Stadt Kobanê. Seither und insbesondere nach Beginn der Großoffensive des IS gegen die Stadt Ende September wird über die »Schlacht um Kobanê« täglich berichtet. Wenig später begannen auch die Luftangriffe einer von den USA geführten Koalition gegen Stellungen der Terrormiliz.

Verteidigt wird die Stadt im Wesentlichen von den Volksverteidigungseinheiten YPG/YPJ (den bewaffneten Einheiten der kurdischen Unionspartei PYD), mehreren unabhängigen islamischen Brigaden und Einheiten der Freien Syrischen Armee (FSA). Diese haben mit der YPG/YPJ Mitte September ein gemeinsames »Angriffszentrum« unter dem Namen Burkan al-Firat (Vulkan des Euphrat) zum Kampf gegen den IS gegründet. Seit einiger Zeit kämpfen auf kurdischer Seite auch einige irakische Peshmerga-Einheiten.

Kobanê ist der kleinste der drei mehrheitlich kurdischen Kantone (die anderen beiden sind Efrîn und Cizîrê), die seit Juli 2012 nach dem Abzug der syrischen Regierungstruppen die faktisch autonome Region Rojava bildeten. (1) Die bewaffneten Einheiten der PYD beteiligten sich nicht am syrischen Bürgerkrieg, dafür hielt sich das Regime aus den Entwicklungen in Rojava heraus. Auf diese Weise konnten sich hier unter Führung der PYD relativ unbehelligt Strukturen der Selbstverwaltung entwickeln.

Weniger bekannt ist, dass es solche Formen der Selbstorganisation nicht nur in Rojava gibt. Auch in anderen Teilen des Landes, die von der Herrschaft des Assad-Regimes befreit wurden, haben sich im Laufe der syrischen Revolution Hunderte Lokale Komitees und andere Formen der Selbstverwaltung gebildet. Allerdings hatten diese Strukturen nie die Möglichkeit, sich relativ geschützt zu entwickeln, so wie es im kurdischen Norden der Fall war. Vielmehr standen sie vom ersten Tag ihres Bestehen an unter dem Druck brutaler Angriffe der Regimetruppen und ihrer Verbündeten. Zudem sind in jüngerer Zeit gerade solche Strukturen der Selbstorganisation und ihre AktivistInnen bevorzugte Angriffsziele der IS-Milizen geworden.

Das Schweigen über die syrische Tragödie

Die intensive Berichterstattung über Rojava steht auch insgesamt in einem auffälligen Kontrast zum medialen Stillschweigen gegenüber der Tragödie in den anderen Teilen Syriens. Raqqa im Osten des Landes etwa ist seit Mai letzten Jahres zunehmend unter die Kontrolle der IS-Milizen geraten. Seit August wird die Stadt vollständig vom IS beherrscht. In der Presse gab es ein paar Artikel, als ein Video auftauchte, in dem BewohnerInnen über ihren vom IS-Terror geprägten Alltag berichteten. (2) So gut wie nichts konnte man jedoch vom Widerstand gegen die Islamisten in Raqqa lesen, etwa über die Frauen,

die im Sommer letzten Jahres vor den Gefängnissen protestierten und die Freilassung ihrer Männer und Söhne forderten.

Ähnliches gilt für Yarmouk. Das palästinensische Flüchtlingslager am Rande von Damaskus wird seit Dezember 2012 von syrischen Regierungstruppen belagert. Heute leben dort noch 18.000 Menschen; es herrscht Hunger, Krankheiten grassieren, und seit mehreren Monaten gibt es keine Wasserversorgung mehr. Die Sterberate ist dramatisch gestiegen, vor allem unter Kindern und älteren Menschen. Die Beispiele ließen sich beinahe endlos fortsetzen: Al-Waer, ein Stadtteil von Homs,

in dem 400.000 Menschen leben (die Hälfte von ihnen Flüchtlinge) und der von Assad-Truppen eingekesselt ist und regelmäßig bombardiert wird; Aleppo, das sowohl vom IS als auch von Regimetruppen belagert wird und wo Fassbomben täglich unvorstellbare Zerstörungen anrichten; der Widerstand in der östlichen Provinz Deir ez-Zor, wo der IS 700 Mitglieder eines lokalen Stammes hingerichtet hat - kaum etwas davon wird öffentlich wahrgenommen. Zynisch könnte man sagen, dass wir es eben mit der üblichen Sensationsgier zu tun haben. Der syrische Konflikt dauert schon zu lange; Sterben, Gewalt und Widerstand sind keine Neuigkeiten mehr.

Beunruhigend ist, dass wir in der politischen Linken mit einer ähnlich selektiven Wahrnehmung und einer deutlich selektiven Solidarität konfrontiert sind. Seit dem Angriff des IS auf Kobanê hat es eine internationale Welle der Solidarität gegeben. Großdemonstrationen, mitgetragen und mitorganisiert von verschiedenen Gruppen der Linken, finden beinahe wöchentlich statt. Wer in einer Großstadt lebt, kann jede Woche Veranstaltungen zu Kobanê und Rojava besuchen. In Deutschland gibt es zwei linke Initiativen, die Geld zur Bewaffnung der kurdischen KämpferInnen sammeln.

Geld und Waffen für Rojava?

Wenn man sich jedoch den ersten entsprechenden Aufruf der Neuen antikapitalistischen Organisation (NaO) und der Antifaschistischen Revolutionären Aktion Berlin (ARAB) ansieht (»Solidarität mit Rojava. Waffen für die YPG/YPJ« vom 4. Oktober), stellt man fest, dass die syrische Revolution überhaupt nicht erwähnt wird. In einem zweiten Aufruf heißt es lediglich: »Inmitten des syrischen Bürgerkrieges verteidigen die KurdInnen einen fortschrittlichen Gesellschaftsentwurf.« Das ist natürlich prinzipiell richtig. Dass in Syrien aber auch jenseits der Grenzen Rojavas Kräfte existieren, die demokratische und fortschrittliche Positionen vertreten (nicht zuletzt die bereits erwähnten Lokalen Komitees), fällt erneut unter den Tisch.

Noch schlechter ist der Aufruf der »Interventionistischen Linken« (»Solidarität mit Rojava. Wer wenn nicht wir? Wann wenn nicht jetzt?«), der es tatsächlich schafft, außer einem in Klammern stehenden Hinweis, dass Rojava in Nordsyrien liegt, Syrien überhaupt nicht zu erwähnen. Was ist der Grund für diese höchst selektive Form internationaler Solidarität? Natürlich spielt insbesondere in Deutschland der hohe Organisationsgrad der KurdInnen eine wichtige Rolle. Die Frage ist jedoch, ob Solidarität tatsächlich in diesem hohen Maße von bereits vorhandenen Strukturen abhängig sein darf. In einer Zeit der Globalisierung der Information und der sozialen Netzwerke sind ganz neue Formen internationaler Solidaritätsarbeit möglich und notwendig - den politischen Willen hierzu vorausgesetzt.

Es stimmt auch nicht, dass es in Syrien außerhalb Rojavas keine AnsprechpartnerInnen gäbe. Eine Organisation wie Adopt a Revolution, die seit Beginn der syrischen Revolution mit lokalen Initiativen und Komitees in Syrien kooperiert, hat es vorgemacht. Aus den Reihen der politischen Linken hat Adopt a Revolution nur wenig Unterstützung erhalten. Oft genug wurde die Initiative angefeindet, und das nicht nur von neostalinistischen Organisationen und Strömungen, die sich mehr oder weniger offen auf der Seite Assads positionierten.

Warum gab es Kampagnen wie die für Rojava nicht bereits vor drei Jahren für die Lokalen Komitees? Offensichtlich ist das »Narrativ« von Rojava etwas, woran die Linke leichter anknüpfen kann. Politische Bewegungen von Menschen im arabischen Raum hingegen stehen in der Linken oftmals von vornherein unter dem Verdacht des Islamismus. Dieser wird dann auch gerne mit dem Islam an sich verwechselt; säkularistisch hingegen wird mit demokratisch und fortschrittlich gleichgesetzt, was der Erfahrung in den arabischen Ländern deutlich widerspricht (man denke an Tunesien unter Ben Ali, die aktuelle Situation in Ägypten oder auch an die Baath-Regime unter Saddam Hussein im Irak und dem Assad-Clan in Syrien).

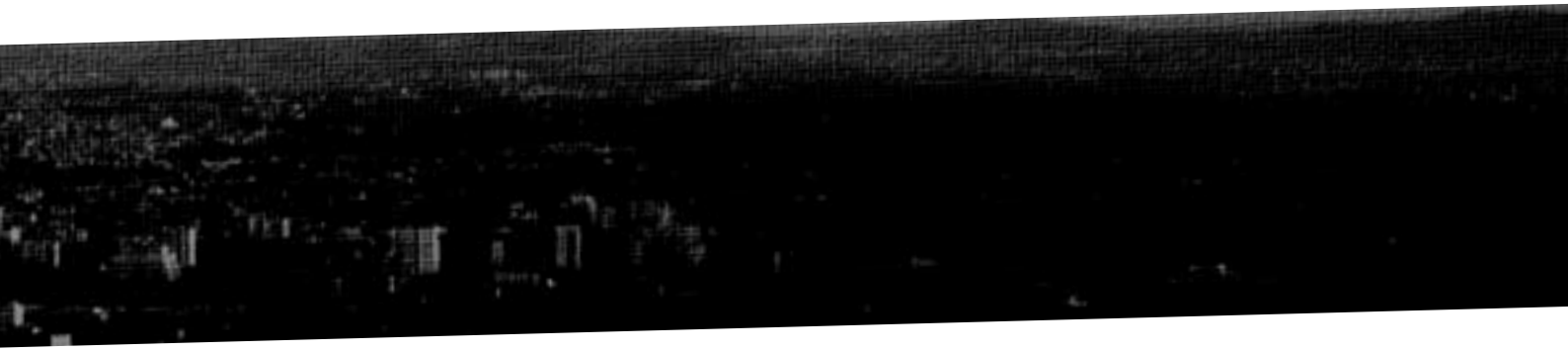
Projektionsfläche für Revolutionsfantasien

Umgekehrt dient ein soziales Experiment wie das in Rojava als Projektions-

fläche für allerlei romantische Revolutionsfantasien. So heißt es etwa im Bericht einer Delegation der Kampagne TATORT Kurdistan vom Mai: »Rojava ist der Versuch einer Basisorganisierung jenseits der kapitalistischen Moderne und westlichem Interventionismus.« Das ist nichts weiter als die alte autonome Illusion von den «befreiten Räumen« mitten in einer feindlichen Umwelt, aufgeblasen auf die Größe einer ganzen Region im Nahen Osten - eine Insel des Guten außerhalb von Zeit und Raum.

Die Ereignisse um Kobanê führen solche Äußerungen ad absurdum. Nicht nur, dass die PYD eine Intensivierung der westlichen Intervention in Form von Luftangriffen fordert (was angesichts der Situation verständlich, aber trotzdem problematisch ist). Der Angriff des IS auf Kobanê hat auch gezeigt, dass der revolutionäre Isolationismus in Rojava seine Grenzen hat. Die Entwicklung des autonomen Rojava wäre ohne die syrische Revolution nicht möglich gewesen, und der Erfolg des Experiments Rojava hängt vom Erfolg der syrischen Revolution insgesamt ab. Die selektive Solidarität der westlichen Linken hingegen reproduziert auf fatale Weise genau jene ethnischen Spaltungen, die die autoritären Regime im Nahen Osten, auch der Assad-Clan, über Jahrzehnte benutzt haben, um ihre Herrschaft zu stabilisieren.

Dabei werden auch die Widersprüche des Experiments Rojava ausgeblendet. So ist PYD mehrfach gegen kurdische AktivstInnen vorgegangen und hat vorhandene Strukturen der Selbstorganisation durch eigene Parteistrukturen ersetzt, was im letzten Jahr in einer Reihe von Städten zu Protesten führte. Der Plan, eine allgemeine Wehrpflicht einzuführen, stieß ebenfalls auf Widerstand (eine Erfahrung, die bereits die SandinistInnen in Nicaragua Ende der 1980er Jahre machen mussten). Der regierende Volksrat ist tatsächlich eher eine Vorfeldstruktur der PYD, und wirkliche Ansätze einer ökonomischen Neuordnung (etwa bei der Landverteilung) wurden bisher nicht unternommen. Das alles spricht nicht gegen das Experiment von Rojava. Vieles, was hier geschieht, ist eine Reaktion auf eine Notsituation, und der Prozess ist offen. Ernsthafte Solidarität muss diese Dinge jedoch im Auge behalten und kritikfähig bleiben, statt sich in Wunschbildern zu ergehen.



Etwas Positives zum Schluss: Ein wirklicher Fortschritt ist die bereits erwähnte Zusammenarbeit der YPG/YPJ mit Brigaden der FSA in Kobanê. Auch wenn diese Entwicklung der äußeren Bedrohung geschuldet ist, ist zu hoffen, dass die gemeinsame Kampferfahrung beide Seiten einander längerfristig näherbringen wird. Das Oberkommando der YPG hat jedenfalls Ende Oktober eine Erklärung veröffentlicht, in der die Partnerschaft mit den in Kobanê kämpfenden FSA-Einheiten betont wird. Zudem bekennt sich die YPG in dieser Erklärung zur Verantwortung nicht nur für Rojava, sondern für ganz Syrien.

Auch für die westliche Linke ist es an der Zeit, die orientalistische Brille abzulegen und die demokratischen Kräfte überall in Syrien zu unterstützen. Diese verdienen unsere Solidarität genauso wie die KämpferInnen von Rojava.

geklaut von: Harald Etzbach in ak 599

JANUAR

Fr.	02.1.	21:00	Fat Hoschi - Konzert: Denny Trejo + Militant Lumberjacks + Support
Sa.	03.1.	22:00	LesBiSchwule Mottoparty
Fr.	09.1.	22:00	Mash Up Di Place
Sa.	10.1.	21:00	Veranstaltung mit „Unterste Schublade“
Sa.	17.1.	21:00	Soli-Konzert für Hambacher Forst
Do.	22.1.	21:00	Infoveranstaltung: Zur Kritik der Montagsmahnwache
Fr.	23.1.	21:00	HausFriedenbruch-Soli Konzert
Sa.	24.1.	21:00	HausFriedenbruch-Soli Konzert
Fr.	30.1.	21:00	Konzert: Rae Spoon + Analog Ruins
Sa.	31.1.	23:00	Rosa Disco

FEBRUAR

Mi.	04.2.	20:00	FrauenLesbenInter*Trans*-Kneipe
Fr.	06.2.	22:00	Mash Up Di Place
Fr.	13.2.	22:00	Feel the Darkness: „bloody valentine“
Mi.	18.2.	21:00	Punk-Kneipe
Sa.	21.2.	22:00	MÄNNERfabrik
Sa.	31.1.	23:00	Rosa Disco

WÖCHENTLICH

Mo.	20:30	Antifa-Café
Di.	20:00	Subklub
Mi.	20:00	Theatergruppe
Do.	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

MONATLICH

1. Mi.	20:00	Frauen.Lesben.Inter.Trans*-Kneipe
3. Mi.	21:00	Punkkneipe
2. Fr.	20:30	Alhambra-Nutzer_innenplenum

INFOLADEN ROTER STRUMPF

Donnerstags 18-21 Uhr